Einen anderen {改道} Weg gehen...
N°15 - 3.2012

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA
FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Wieder Anarchist ermordet ★ Streik brechen? Adecco brechen! ★ Bundesweite Demonstration am 31. März ★ Anarchistisches Netzwerk goes Frankfurt ★ Endliche Ressourcen als Gemeingut ★ Gasera ★ etc

改道 02 [改道] Gai Dào
N°15 - März 2012

Editorial

Liebe Leute,

wie schwer zu übersehen ist, präsentieren wir uns ab dieser Ausgabe in einem rundum erneuerten Design. Wir haben lange überlegt und diskutiert, was denn nun zur [改道] Găi Dào passt und wie sie aussehen soll und haben uns schlussendlich dafür entschieden. Als anarchistische Zeitschrift stehen wir natürlich in einer Tradition anarchistischer Presse und uns lag es am Herzen eine kleine Hommage an die Zeit der „alten" anarchistischen Presse um Beginn des letzten Jahrhunderts herum zu leisten, deren Vielfalt und Kreativität wir uns für die Zukunft wieder erhoffen.

Aber wir wollen nicht beim Blick in die Vergangenheit stehen bleiben, schliesslich ist in der Gegenwart genug zu tun. Das neue Layout ist ein erster, wichtiger Schritt hin zu unserem großen Ziel einer regelmäßigen Printausgabe. Bis zu unserem nächsten Etappenziel wollen wir darüber diskutieren wie die [改道] Găi Dào zukünftig inhaltlich aussehen will und soll. Und natürlich wie unsere zukünftige Redaktionsarbeit aussehen soll. Denn leider verteilt sich die Arbeit an der [改道] Găi Dào immer noch auf wenigen und immer den selben Schultern. Deshalb nochmal der Aufruf an alle Menschen, die Lust und Interesse an anarchistischer Presse haben, aktiv an der [改道] Găi Dào mitzuarbeiten. Egal ob ihr Termine zusammenstellen, Artikel schreiben oder am Layout mitwirken wollt, wir freuen uns über jede*n neue Mitstreiter*in.

Und natürlich wollen wir noch ein paar Worte zur vorliegenden Ausgabe verlieren: In der Rubrik Weltweit findet ihr Berichte über einen weiteren ermordeten Anarchisten in Russland und die Terrorprozesse gegen indigene Aktivist*innen in Neuseeland. Schwerpunkt der Analyse & Diskussions Rubrik ist dieses Mal alternative Energie- und Landwirtschaftsmodelle, beginnend mit 8 Thesen einer emanzipatorischen Technikkritik, über den Entwurf eines Positionspapiers zu Storm & Wasser der FAU Hannover bis zu einer „landwirtschaftlichen Utopie".

Die Rubrik Bewegung befasst sich mit dem Arbeitskampf bei Adecco und Solidaritätsbekundungen vieler europäischer anarchistischer Gruppen und anarchosyndikalistischer Gewerkschaften und dem M31 Aktionstag gegen den Kapitalismus. Zu letzterem findet ihr die Ankündigung zur zentralen Demo in Frankfurt am Main, sowie den Aufruf des Anarchistischen Netzwerks Südwest*.

Zum Schluss wollen wir euch noch eine Ankündigung machen, die uns besonders freut. Wir werden, anlässlich des M31 Aktionstages, eine Sonderausgabe der [改道] Găi Dào, mit vielen Interviews, Aufrufen und allen benötigten Informationen zu M31 und der zentralen Demo in Frankfurt am Main. Wir sind zuversichtlich die Sonderausgabe am 15. März zu veröffentlichen, also haltet die Augen offen.

Wir wünschen euch allen einen kämpferischen und aktiven März!

Eure [改道] Găi Dào-Redaktion

Herausgeber*innen:
[改道] Găi Dào-Redaktionskollektiv

Web: www.gaidao.blogsport.de
Kontakt: *redaktion-gaidao@riseup.net*

Inhalt

Weltweit

04 *Wieder Anarchist ermordet*

05 *"Terrorprozess" hat angefangen*

07 *Streik brechen? Adecco brechen!*

Aufrufe

08 *Bundesweite Demonstration am 31. März*

09 *Anarchistisches Netzwerk goes Frankfurt*

Bewegung

10 *Gasera*

11 *FERMENTO*

Analyse & Diskussion

12 *Endliche Ressourcen als Gemeingut*

18 *Entwurf – Positionspapier zur Energieversorgung*

23 *Wir haben es satt*

25 *Gewalt und Zwang in der modernen Gesellschaft*

Termine

27 *Termine*

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete *„*innen"* (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Wieder Anarchist ermordet

★

Am Morgen des 9. Februar wurde in Samara der junge Anarchist Nikita Kalin von einer Gruppe Nazis überfallen und ermordet. Nikita, der sich in den vergangenen Wochen auch an den örtlichen Protesten gegen die Fälschungen der Duma-Wahlen beteiligt hatte, wurde zusammengeschlagen und erlitt 6 Messerstiche. Vor wenigen Tagen wurde ein stadtbekannter Nazi festgenommen, an dessen Kleidung Blut des Opfers gefunden wurde. Die Familie des Ermordeten befürchtet, dass die Ermittlungen manipuliert und verschleppt werden könnten. Diese Befürchtungen scheinen angesichts der verharmlosenden offiziellen Aussagen der Ermittlungsbehörden und der verzögerten Berichterstattung mehr als gerechtfertigt zu sein. Nikita Kalin war auf dem Weg zur Arbeit, als er überfallen und ermordet wurde. Der Hausmeister der Samarer Zweigstelle des Physikalischen Instituts „P. N. Lebedev“ der Russischen Akademie der Wissenschaften (FIAN) fand seine Leiche am Donnerstag, den 9. Februar, um 6:30 Uhr vor dem Eingang des Instituts. Erst gegen 8 Uhr traf die Polizei ein. Drei Stunden später wurde die Mutter des Toten zur Identifikation geholt. Sie erklärte gegenüber Journalist*innen, dass der Körper ihres Sohnes zahlreiche Rippenbrüche und Kopfverletzungen sowie 6 Messerstiche aufwies. Die persönlichen Gegenstände des Opfers waren unberührt.

Die erste Publikation zum Mord an Nikita Kalin erschien erst über eine Woche nach der Tat am 20. Februar in der überregionalen Tageszeitung Izvestija. Berichtet wurde über die mangelhafte Ermittlungsarbeit der Behörden und die Befürchtungen der Familie, dass die Untersuchung der Todesumstände bewusst verschleppt wurden. Die Polizei nahm offenbar relativ schnell nach dem Mord einen Tatverdächtigen mit dem Blut des Opfers an seiner Kleidung fest. Außerdem geht Izvestija davon aus, dass der Übergriff von einer Gruppe ausgeführt worden sein muss. Inoffiziell bestätigten Beamt*innen der Familie, den Nazihintergrund der Tat. So soll der Festgenommene zu einer örtlichen Gruppe organisierter Nazis gehören. Der inhaftierte Nazi bestreitet aber bislang seine Tatbeteiligung und schweigt zu seinen Mordkompliz*innen.

Offiziell gehen die Behörden aber dennoch nicht von einem politischen Mord aus, sondern ermitteln (da Raub als Tatmotiv offensichtlich ausfällt) wegen persönlicher Motive. Wie zur Bestätigung der Verharmlosung des Todes von Nikita und der Ignoranz der Behörden erschien ebenfalls am 20. Februar eine Presseerklärung der Ermittlungsbehörden. Die Nachrichtenagentur Interfax zitiert, dass die Pressesprecherin der ermittelnden Behörde in Samara Elena Shkaeva verkündete, dass Kalin an 6 Messerstichen starb und zur Zeit eine Person inhaftiert ist. Des Weiteren behauptete sie, dass bislang keine Ansatzpunkte für „nationalistische Motive“, das heißt einen Nazi-Hintergrund, gefunden wurden.

Aus diesem Grund ermitteln die Behörden die Tat als „Mord mit persönlichem Hintergrund“.

Die Sicherheitsbehörden, die, wenn es um antifaschistische, anarchistische und/oder repressionskritische Aktivist*innen geht, diese auch gern mal höchstpersönlich zusammenschlagen oder Beweise fälschen, verschleppen die Ermittlungen sichtbar und bemühen sich wenig die Tat aufzuklären. Damit ermöglichen sie den anderen tatbeteiligten Nazis unterzutauchen, wie ein Freund des Ermordeten gegenüber Izvestija erklärte. Hinzu kommt, dass die Mutter des Ermordeten erst spät über den Stand der Ermittlungen informiert wurde. Hintergrund dieser Einladung der Behörden scheint allerdings die Berichterstattung zu sein.

Der 20-Jährige Nikita Kalin war ein Anarchist. Er hatte sich Wochen aktiv in emanzipatorischen Zusammenhängen engagiert. So beteiligte er sich, nach Angaben von Aktivist*innen der örtlichen libertärkommunistischen Organisation „Avtonomnoe Dejstvie“ (Autonome Aktion) gegenüber Izvestija, sichtbar an den Protesten „Za chestnye Vybory“ (Für ehrliche Wahlen). Außerdem war er auch bei der antifaschistischen Aktion in Erinnerung an die Ermordung von Stanislav Markelov und Anastasija Baburova am 19. Januar mit dabei.

Mehr zu Nationalismus in Russland gibt es auf dem Blog *19januar.noblogs.org*

“Terrorprozess” hat angefangen

*Indigene Aktivist*innen in Neuseeland vor Gericht*

★

In Neuseeland hat vergangene Woche der Prozess gegen vier Aktivist_innen begonnen, die wegen Verstößen gegen das Waffengesetz, sowie wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt sind.

Die vier sind der Rest einer Gruppe von ursprünglich 18 Angeklagten, die am 15. Oktober 2007 in einer landesweiten Razzia verhaftet wurden. Gegen zwölf von ihnen sollte ursprünglich Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhoben werden, was aber damals vom zuständigen Solicitor General (etwa äquivalent zum Generalstaatsanwalt) aus Mangel an Beweisen nicht zugelassen wurde. In der Zwischenzeit wurde die Anklage gegen 13 Menschen fallen gelassen, weil große Teile des Beweismaterials von der Polizei illegal ermittelt und damit vor Gericht nicht zugelassen wurden. Einer der Angeklagten starb im Juli 2011.

Jetzt, nach viereinhalb Jahren, begann nun der Prozess, der auf 60 Verhandlungstage angesetzt wurde. Den „Urewera 4“ – drei Männern und einer Frau – wird vorgeworfen, an mehreren sogenannten Trainingscamps im Te Urewera-Waldgebiet im Osten der Nordinsel Neuseelands teilgenommen zu haben und dabei mit Waffen hantiert, sowie Entführungen, Sabotage und den bewaffneten Kampf geplant zu haben. In den sensationsgierigen Medienberichten der ersten Tage nach den Razzien war außerdem von Napalm, IRA-Trainingsbüchern und geplanten Anschlägen auf George Bush die Rede. Diese Vorwürfe sind allerdings längst spurlos verschwunden.

Hintergrund

Zwei der Angeklagten, Tame Iti und Rangi Kemara sind Maori vom Stamm der Tuhoe, auf deren Gebiet die Camps angeblich stattgefunden haben. Eine weitere Angeklagte ist ebenfalls Maori, während der vierte Europäer ist. Tame Iti, dem die Organisation der Camps vorgeworfen wird, ist bekannter Aktivist und seit langem Kämpfer für die Selbständigkeit der Tuhoe und deshalb dem Staat ein Dorn im Auge. Und so drängt sich auch der Verdacht auf, dass die Razzien vom Oktober 2007 und die resultierenden Anklagen mehr mit der kolonialen Geschichte Neuseelands als mit den tatsächlichen Ereignissen im Urewera-Wald zu tun haben.

Die Tuhoe haben eine lange Geschichte des Widerstands gegen Kolonialisierung. Als 1840 der Vertrag von Waitangi zwischen der Britischen Kolonialregierung und etwa 500 Maori-Häuptlingen geschlossen wurde, fehlten die Unterschriften der Tuhoe. Für diese Verweigerung wurden sie entsprechend bestraft: Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gab es wiederholte Angriffe der Regierung auf Siedlungen der Tuhoe, bei denen unter dem Vorwand, flüchtige Verbrecher zu suchen, Dörfer zerstört und Land beschlagnahmt wurde.

Heutzutage haben Tuhoe den höchsten Anteil an Menschen, die Maori als erste Sprache sprechen und haben eine starke kulturelle Identität, die verbunden ist mit dem Gebiet, das sie ‘Te Urewera’ nennen – das Land des Nebels. Es gibt ungefähr 20 000 Menschen, die sich zu den Tuhoe zählen und viele davon leben immer noch in relativ isolierten Gemeinden im Urewera-Gebiet. Auch dem Staat ist dieser Zusammenhang bewusst, denn es wird kaum Zufall gewesen sein, dass eine maskierte und schwerbewaffnete Polizeieinheit am 15. Oktober 2007 genau an dem als ‘Konfiszierungs-Grenze’ bekannten Punkt in der Ortschaft Ruatoki eine Straßensperre errichtet und sämtliche Fahrzeuge mit vorgehaltener Waffe durchsucht hat – inklusive einem Schulbus mit GrundschülernIn den letzten Jahren hat es Verhandlungen der Tuhoe mit der Regierung gegeben, in denen es um die Rückgabe des konfiszierten Landes, um die Übernahme des Urewera-Nationalparks und um die Autonomie der Tuhoe ging.

Ein Aspekt muss dabei der Regierung besonders unangenehm gewesen sein: einer der Verhandlungsführer war der jetzige Hauptangeklagte Tame Iti.

Der Prozess

Zum Beginn des Prozesses vor dem High Court in Auckland am 13.2. gab es eine Solidaritätskundgebung mit mehr als 100 Leuten aus unterschiedlichsten Zusammenhängen. Neben einer Abordnung der Tuhoe waren Menschen von der October15-Solidaritätsgruppe, Parlamentsabgeordnete der Maori-Partei und Aktivist*innen der Anti-Apartheid-Bewegung der 80er anwesend, die die sofortige Einstellung des Verfahrens forderten. Selbst der eher konservative neuseeländische Gewerkschaftsverband hatte eine Solidaritätserklärung verabschiedet.

In den ersten Tagen des Prozesses hat die Staatsanwaltschaft damit angefangen, belastendes Beweismaterial vorzustellen. Begonnen wurde mit Videoaufnahmen, die die Anti-Terror-Einheit der Polizei mit versteckten Kameras im Wald gemacht hatte. Darauf zu sehen sind Menschen, die mit Rucksäcken durch den Wald gehen, Picknick machen und sich unterhalten, Selbstverteidigungsgriffe üben und manchmal auch mit Schrotflinten schießen. Vergangenes Jahr wurden genau diese Aufnahmen vom höchsten Gericht Neuseelands für illegal erworben erklärt, was zur Einstellung der meisten Verfahren führte. Für die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wurden sie allerdings zugelassen. Anschließend begann die Vernehmung der ersten beiden von insgesamt über 80 Polizeizeugen, die davon berichteten, die Angeklagten im Auto verfolgt zu haben, wobei diese an verschiedenen Geschäften gehalten und Einkäufe getätigt hätten.

Gleich zu Beginn der Verhandlung sah sich der Staatsanwalt genötigt, den Geschworenen zu erklären, dass es sich nicht um einen politischen Prozess handele – um dann anschließend anzukündigen, die bei einem der Angeklagten gefundene Che Guevara-Broschüre als Beweismaterial einführen zu wollen.

Besonders perfide ist die Tatsache, dass eigentlich Anklage gegen fünf Menschen geführt wird. Die Anklage gegen den im vergangenen Juli an Herzversagen verstorbenen Tuhoe Lambert wurde nie fallen gelassen, sämtliche Beweismittel gegen ihn werden weiterhin dem Gericht präsentiert und auch gegen die anderen Angeklagten verwendet. Eine Sprecherin der Soli-Gruppe erklärt: „Sie gehen weiterhin gegen ihn vor, als ob er neben den anderen Vier dort sitzt, aber sie haben ihm keinen Anwalt gegeben. Es ist unglaublich, dass sein Name durch den Dreck gezogen wird, ohne dass er sich dagegen wehren kann. Wie muss seine Familie sich fühlen?“

Der Prozess, der vor einem Geschworenengericht mit 10 Männern und 2 Frauen geführt wird, wird vermutlich bis zu drei Monate dauern. Den Angeklagten drohen Haftstrafen von bis zu 5 Jahren.

Mehr Informationen auf der Website der Soli-Gruppe: *october15thsolidarity.info*

Streik brechen? Adecco brechen!

★

Die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA) und die spanische Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT) hatten am Freitag, den 17. Februar 2012, zu einem internationalen Tag der Solidarität aufgerufen. Mit Protestposten in mindestens sechs verschiedenen europäischen Ländern und der Besetzung einer ADECCO-Niederlassung im spanischen Valladolid demonstrierten Gewerkschafter*innen und SympathisantInnen gegen die ungerechtfertigte Entlassung von 34 Arbeiter*innen aus einer Maschinenbaufabrik des Unternehmens ABB in Cordoba und erhoben Einspruch gegen die Entsendung von Streikbrechern durch das transnationale Leiharbeitsunternehmen ADECCO.

Hintergrund:
Die 34 ArbeiterInnen des Dienstleitungsunternehmens EULEN, die seit Jahren für den spanischen Maschinenbauhersteller ABB (in Cordoba) arbeiten, befinden sich seit dem 28.11.2011 in einem unbefristeten Streik für gleichen Lohn. Obwohl sie die gleichen Tätigkeiten wie ihre Kolleg*innen ausgeübt haben, erhielten sie nur den Mindestlohn und ihnen wurden weniger Rechte zugestanden.

ABB kündigte den Vertrag mit EULEN und heuerte billige LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen von Eurocen/ADECCO an. EULEN entließ die Mitglieder des Streikkomitees sowie sämtliche GewerkschafterInnen unter den Streikenden. In Spanien werden die Streikenden von den Gewerkschaften CNT und CGT unterstützt.

Ein Angriff auf eine*n von uns, ist ein Angriff auf alle
In Moskau waren die Aktivist*innen erheblichen Repressionen ausgesetzt. Der russischen Sektion der IAA (KRAS) waren nicht mehr als fünf Personen erlaubt und ein privater Sicherheitsbeamter gängelte die Beteiligten. Viele Passanten und Angestellte aus dem Bürohaus ließen sich Flugblätter aushändigen und informierten sich interessiert über den Konflikt. Nicht wenige fragten nach der Bedeutung des Wortes „scab“ dt.: Streikbrecher. In Deutschland organisierten Mitglieder der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Protestposten in Halle, Hamburg und Berlin. In der französischen Hafenstadt Can beteiligte sich das lokale Syndikat der CNT-AIT an den Protesten. Die Związek Syndykalistów Polski (ZSP) ging in Warschau, Katowice, Sosnowiec und Gliwice auf die Straße, wobei sie von Mitgliedern der Federacja Anarchistyczna unterstützt worden ist. Dabei zeigten sie nicht nur die entscheidende Rolle ADECCO's in diesem Konflikt auf, sondern ebenso die Rolle anderer Leiharbeitsfirmen, die für den Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse in Polen und der Welt mitverantwortlich sind. ADECCO rief die Polizei, die sich diesmal jedoch nicht dazu entschließen konnte, den Militanten ihre Bürger*innenrechte zu beschneiden. Es war der fünfte Protestposten, der in Warschau für diesen Konflikt abgehalten worden ist und der dritte gegen ADECCO. Außerdem gab es Aktionen der FL, Czarna Galicia und AF in Krakau und Bielsko-Biala.
Befreundete Genoss*innen des Vrije Bond in den Niederlanden organisierten einen Protestposten in der Stadt Gent und in Amsterdam gab es eine Kundgebung der Anarchistische Groep Amsterdam (AGA) mit dem Aufruf „Staking breken? Adecco breken!“ – Streik brechen? Adecco brechen!
Valladolid ist die Landeshauptstadt der spanischen Region Kastillien. Dort besetzten rund 40 Mitglieder der CNT eine ADECCO-Niederlassung.
Nachdem die Aktivist*innen die Kontrolle über das Büro der Leiharbeitsfirma übernommen hatten, entrollten sie vom Balkon ein Transparent auf dem sie die sofortige Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen forderten. Die Polizei nahm die Personalien von elf Personen auf.

Die Aktionen sind Teil einer seit Monaten anhalten Protestwelle gegen das Vorgehen von EULEN-ABB und die Einmischung des Unternehmens ADECCO in den Arbeitskonflikt. Neben den bereits genannten Ländern gab es in den vergangenen Wochen auch noch Aktionen in Argentinien, Chile, Norwegen, Slowakei und in Großbritannien.

Bundesweite Demonstration am 31. März

Großdemonstration im Rahmen des M31 Aktionstages in Frankfurt am Main

★

Ein breites Bündnis linker Gruppen und anarchosyndikalistischer Basisgewerkschaften aus Griechenland, Polen, Spanien, Belgien, Italien, Niederlande, Österreich und Deutschland (M31), ruft für den 31. März zu massiven Protestaktionen gegen die autoritäre Krisenpolitik von deutscher Bundesregierung, EU-Kommission und EZB auf.

Auf diese Weise soll die grundsätzliche Kritik an der Verwertungslogik des Kapitalismus in die Praxis umgesetzt werden.

Beim deutschen Ableger des M31-Bündnisses wurde nun, Ende Januar in Frankfurt, die heiße Phase der Mobilisierung für den hier statt findenden Teil des Aktionstages eingeläutet. Die über 70 Teilnehmer*innen des Treffens von verschiedenen Antifa-Gruppen, Basisgewerkschaften und linken Organisationen waren sich dabei schnell einig, dass das Ziel der bundesweiten Demonstration die Stilllegung der Baustelle der EZB im Frankfurter-Ostend sein soll.
Angesichts der Eskalation der kapitalistischen Tages- und Krisenpolitik, die im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit überall über demokratische Rechte und die Lebensbedürfnisse der Lohnabhängigen hinweggehe, müsse als Auftakt für weitere Proteste im Laufe des Jahres ein deutliches Zeichen des Widerstandes gesetzt werden.

Leo Schneider, ein Sprecher des M31-Bündnisses, erklärte zu der Aktion:
„Die EZB ist eines der zentralen politischen Instrumente mit denen die starken Länder der Eurozone, vor allem Deutschland und Frankreich, versuchen, die kapitalistische Krise auf dem Rücken der Lohnabhängigen hier und vor allem in Südeuropa zu lösen. Eine Stilllegung der EZB-Baustelle ist insofern ein überfälliger Schritt zur Abrüstung im kapitalistischen Wirtschaftskrieg“.

Die Teilnehmer*innen des Bündnistreffens waren sich darüber hinaus darin einig, dass den ideologischen Versuchen, die Euro-Krise mit dem Fehlverhalten von „faulen Lohnabhängigen“ und/oder „gierigen Bankern“ zu erklären, zurück gewiesen werden müssen. Das Problem sei gerade nicht das „unmoralische Verhalten“ von einzelnen Menschen, sondern vielmehr die kapitalistische Eigentumsordnung. Schneider dazu: „Die autoritäre Sparpolitik, die den südeuropäischen Ländern im Zuge der „Eurorettung“ von EZB und Co. auferlegt wird, macht den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nicht auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern auf die Produktion von Profit zielt, offensichtlich: Viele Menschen, z.B. in Griechenland, müssten faktisch aufhören zu leben, um den Anforderungen von Regierungen und Kapital noch zu genügen“. Auch der Status Deutschlands als „Exportweltmeister“ sei nur durch die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche und die gezielte Verarmungspolitik durch Agenda 2010 und Hartz IV erreicht worden.

Die M31-Initiative hat sich dabei mehr als eine einmalige Aktion zum Ziel gesetzt.

„Es geht uns um eine langfristige Vernetzung über nationalen Grenzen hinweg, um mit einem antiautoritärem Selbstverständnis und in sozialen Auseinandersetzungen die Selbstermächtigungen gegen kapitalistische Herrschaft voranzutreiben“,
so Schneider weiter. Die Demonstration beginnt am Samstag, den 31. März um 14 Uhr am Hauptbahnhof in Frankfurt und wird dann vorbei an der alten EZB zur neuen Baustelle ziehen.

www.march31.net

Anarchistisches Netzwerk goes Frankfurt

Aufruf des Anarchistischen Netzwerk Südwest zum antikapitalistischen Aktionstag M31*

★

Das Anarchistische Netzwerk Südwest* unterstützt mit folgendem Aufruf die Mobilisierungen zum europaweiten Aktionstag gegen den Kapitalismus am 31. März 2012. An diesem Tag wird es in zahlreichen Städten Europas Aktionen geben.

Das M31-Bündnis wird von antiautoritären, anarchistischen und basisdemokratischen Gruppen getragen. In der BRD soll es am 31. März einen zentralen Aktionstag in Frankfurt am Main geben.

Der Kapitalismus ist keine bloße Floskel, ist nicht nur ein leerer Kampfbegriff anarchistischer und linker Organisationen. Er bedroht die Menschheit und die Natur, zerstört täglich Menschenleben und die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten. Wenn wir dieses System nicht zu Fall bringen, dann wird es uns zu Fall bringen. Im schlimmsten Falle wird es uns das Leben nehmen, wenn es seinem Überleben dient. Der Kapitalismus zwingt die Menschen dazu, immer auf der Suche nach neuen Verwertungs- und Ausbeutungsmöglichkeiten zu sein, ob auf regionaler, nationaler oder globaler Ebene. Alle sind davon betroffen: auch wir, die ihn versuchen zu bekämpfen, reproduzieren ihn als Handlungsmechanismus. Der Staat und seine Institutionen übernehmen dabei die Aufgabe, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit allen notwendigen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Im Jahr 2011 erlebte dieser Planet eine Welle des Widerstands gegen die Unerträglichkeiten dieses Systems. Ob als revolutionäre Bewegungen in Ägypten und Tunesien, ob als Occupy-Bewegung in New York oder in Oakland, ob als Generalstreiks und Massendemonstrationen in Griechenland und Spanien. Viele Menschen und Gruppen, die aktiv in diesen Kämpfen waren und sind, haben ein gemeinsames Ziel: die Überwindung der herrschenden Verhältnisse und des politischen und ökonomischen Systems. Überall wächst die Bereitschaft und der Mut der Menschen, ihre Belange endlich selbst in die Hand zu nehmen. Selbstorganisation, Basisdemokratie und Kreativität schaffen Räume, in denen versucht wird, sich den kapitalistischen Verhältnissen zu entziehen. So werden diese Verhältnisse zunehmend in Frage gestellt. Das System bekommt Risse in seiner Fassade und diese werden von Widerstand zu Widerstand immer größer. Um den Kapitalismus zu überwinden, um Verhältnisse zu verwirklichen, in denen das Leben der Menschheit im Mittelpunkt steht, in dem jeder Mensch ein schönes Leben leben kann, müssen wir noch tiefere Risse im System schaffen, müssen wir das System und seine Herrschaftsstrukturen endgültig abreißen und die Ressourcen dieses Planeten endlich sinnvoll, gemeinsam und solidarisch nutzen. Dies kann nur geschehen, wenn wir uns über Ländergrenzen und nationale Standortlogiken hinweg organisieren, austauschen und gemeinsam Aktionsformen entwickeln, die die Überwindung der herrschenden Verhältnisse zum Ziel haben.

Daher schließen wir uns als Anarchistisches Netzwerk Südwest* dem Aufruf des europaweiten Bündnisses „march 31“ an und rufen alle dazu auf, sich an der zentralen Demonstration und den Aktionen in Frankfurt am Main zu beteiligen. Zu diesem Zwecke werden wir Fahrgemeinschaften und Busse organisieren.

Alle Informationen zu gemeinsamen Anreisen aus dem Südwesten findet ihr auf der Homepage des Anarchistischen Netzwerk Südwest*: *www.a-netz.org*

Gasera

Neue anarchistische Zeitschrift aus den Philippinen erschienen

★

Die Inselnation hat vierhundert Jahre unter kolonialer Ausbeutung gelitten und die kürzliche Explosion multinationaler Minenunternehmen bedroht das Herz des Archipels. Minenunternehmen (viele davon kanadisch) fallen überall auf den Inseln in Dörfer, Täler und Bergketten ein. Diese Unternehmen hinterlassen zerstörtes Weideland, Wälder und Wasserquellen und benutzen Gewalt und Korruption, um sich die lokale Bevölkerung gefügig zu machen.

Aus diesem kapitalistischen Albtraum kommt „Gasera" („Gaslampe"), eine neue Zeitschrift des philippinischen Anarchismus', erhältlich bei mindsetbreaker press. Es ist das Werk von autonomen Kollektiven und individuellen Mitarbeitern und versucht einen Dialog über den Anarchismus innerhalb des Archipels und über die nationalen Grenzen hinaus anzuregen.

Gaseras „Vorwort" stellt die Geschichte der philippinischen Anarchie in groben Zügen dar („anti-hierarchische Organisationsformen im Archipel") und behauptet, dass anarchistische Prinzipien schon immer Teil der Kultur waren. Von gegenseitiger Zusammenarbeit in „primitiver" Zeit über den Widerstand gegen die US-amerikanischen und spanischen Kolonisatoren bis hin zur Zersplitterung der Linken und dem Aufstieg der radikalen Ökologie kämpfen Anarchisten für eine neue „nicht-hierarchische soziale Ordnung, frei von Armut, Zwang, Sklaverei, Patriarchat und suchen Lebensstile, die mit den ökologischen Systemen kompatibel sind".

Die Revolte der Dillman-Kommune von 1971 war klar ein Angelpunkt anti-autoritären Widerstands. In ihrem Text „ Ang Potensyal na Anarkistang Tendensiya ng Diliman Commune" („Die potentiell anarchistische Tendenz der Dillman-Kommune") untersuchen Randy Nobleza und Jong Pairez – beides unabhängige Medienproduzenten – gewissenhaft die Politik und die Psychologie menschlicher Beziehungen während der hart umkämpften achttägigen Besetzung. Zur Frage der Militanz fragt der Autor Dagami „Sino ang 'Tatoong Aktibista'?" („Wer ist der 'wahre Aktivist'?") Der Text handelt von „der Militanz des Schwarzen Blockes und der Rolle von Eigentum zerstörenden Kampagnen und Bewegungen in der internationalen Gemeinschaft der Aktivisten." Das sind tatsächlich starke Worte.
Die Rolle des philippinischen Anarchismus' in der internationalen Gemeinschaftsbildung ist das Thema von Gabriel Kuhns Diskussion über zwischenkulturellen und transkontinentalen Verbindungen zwischen anti-autoritären Gruppen. Der Erfolg kommt vom Zusammenspannen von „Drittwelt-" und „privilegierten" Aktivisten sagt Kuhn und: „Aktivisten aus dem globalen Norden sollten sich bewusst sein, wie viel einfacher es für sie ist, zu Ressourcen wie Büchern, Computern, Geld, Reisedokumente usw. zu kommen."
Er beschreibt ein Netzwerk-Modell, das es Aktivisten erlaubt, zu teilen und sich gegenseitig zu vertrauen, zu jedermanns Vorteil.
Der Autor maryamdeluz unternimmt in „Sketches of an Archipelagic Poetics of Postcolonial Belonging" („Skizzen einer Archipelschen Poesie postkolonialer Zugehörigkeit") eine Analyse anti-imperialistischer Bewegungen und der anhaltenden Notwendigkeit der Dekolonisierung, um einen Sinn für Raum zu erhalten. Dieser Text war ursprünglich Teil der Online-Publikation von Dissenting Voices im April 2010.
Das letzte Wort geht an Dagami und dem allegorisch betitelten „Three Stars and a Sun" („Drei Sterne und eine Sonne"). Es erweist sich als eine verständliche Studie westlicher Einflüsse, innerer Konflikte und philippinischer Identität.

Mit seinem nüchternen Layout bricht „Gasera" mit der gebündelten Anti-Ästhetik, die von anderen anarchistischen Zeitschrift gewählt wird, stattdessen gibt es klare Graphiken, viel Kontrast und viel Weiss.

„Mindsetbreaker", die nächste Nummer, ist nun in Vorbereitung. Die Kollektive bitten um internationale Unterstützung, um das nächste Kapitel dieser Geschichte zu veröffentlichen.
Wir sind alle angehalten, den Ruf zu beantworten.

Um zu abonnieren, etwas beizutragen oder zu spenden, kontaktiert bitte *mindsetbreakerpress@riseup.net.*

mindsetbreakerdistro.blogspot.com
Übersetzt aus dem Englischen von *www.lereveil.ch*

FERMENTO

eine anarchistische Bibliothek eröffnet

★

Diese Bibliothek soll ein Begegnungsort sein.
Zwischen freiheitsliebenden Menschen und Ideen. Zwischen Rebell*innen der Gegenwart und Rebell*innen der Vergangenheit.

Zwischen sozialen Kämpfen von hier und anderswo. Ein Begegnungsort zwischen jenen, die diese Gesellschaft ablehnen, die auf dem Autoritätsprinzip basiert, und der Idee der Anarchie, die auf Solidarität und Selbstorganisation basiert. Zwischen jenen, die heute nach Wegen suchen, ihre Unterdrückung zu bekämpfen, und den Spuren, die andere auf diesen Wegen bereits hinterließen. Zwischen jenen, die ihre lokale Realität verstehen und umwälzen wollen, und der internationalen Realität, die immer mehr soziale Konflikte hervorbringt.

Heute, da mehr und mehr Menschen klar wird, dass sich das emotionale und materielle Elend nur häufen wird, das diese Gesellschaft schon immer so war; heute, da wir erleben, wie wieder mehr Menschen den Mut fassen, um gegen dieses Elend in Aufstand zu treten, wollen wir diese Bibliothek öffnen, um einer alten Frage neuen Raum zu geben: jener der sozialen Revolution.

Und diese Frage ist nicht Sache einer Partei, einer „Organisation", bloß nicht! Sie ist die Sache aller, als Individuen, aller, die die Betrügereien der Politik satt haben, die keine Delegation, keine Bosse und keine Führer mehr akzeptieren. Sie ist die Sache aller, die sich ihre eigenen Ideen, ihre eigene Perspektive, ihr eigenes Leben erkämpfen wollen.

Die Bücher dieser Bibliothek sollen also weder Waren zur bloßen Unterhaltung, noch Materialien zum bloßen Studium, weder alte Geschichten zur Flucht in die Nostalgie, noch Ideologien auf der Suche nach Anhängern sein. Sie sollen ein Ferment, ein Gärstoff aus Ideen sein, der das soziale Gemisch zum brodeln bringt und den Tatendrang belebt. Sie sollen ein Werkzeug sein; zur Subversion der herrschenden Verhältnisse und zur Konstruktion von freien Beziehungen.

- Bibliothek
Ausleihe und Konsultation

- Archiv
alte und aktuelle Publikationen aus
verschiedenen Ländern,
Dokumentationen zu Kämpfen und Personen, etc.

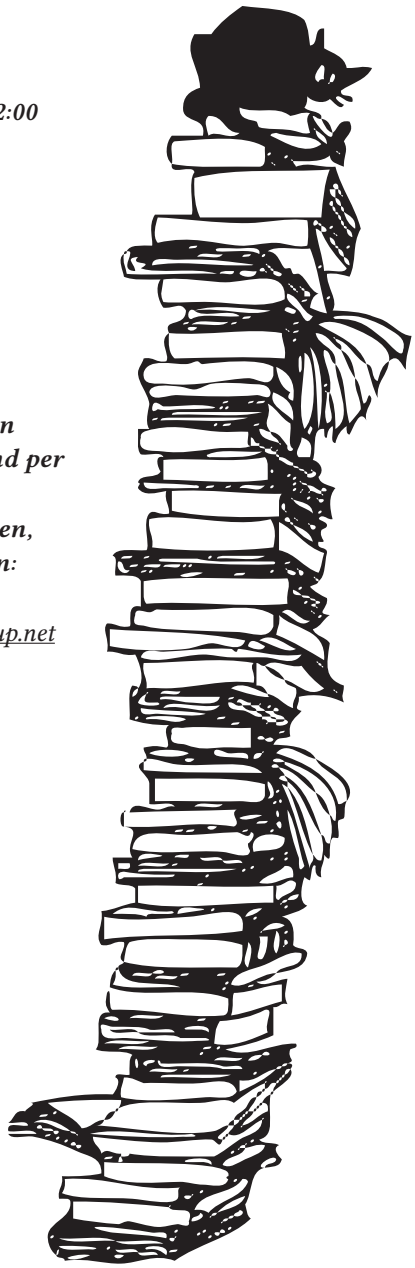
- Distribution
Flugblätter, Plakate,
Broschüren, aktuelle Publikationen, etc.

Eröffnung am Samstag,
10. März 2012, 14:00 – 22:00

Fermento
Rosengartenstrasse 10,
8037 Zürich
Öffnungszeiten:
Mittwoch: 17:00 – 21:00
Samstag: 14:00 – 19:00

Veranstaltungen werden jeweils per Flugblatt und per Mail angekündigt.
Um informiert zu bleiben, für Fragen und Spenden:

bibliothek-fermento@riseup.net



Endliche Ressourcen als Gemeingut

Acht Thesen einer emanzipatorischen Technikkritik

★

These 1

Kapitalistische Technik wird nicht für die Bedürfnisse der Menschen entwickelt, erfunden oder verwendet, sondern pervertiert deren Bedürfnisse und deren Befriedigung

Kapitalismus pervertiert Bedürfnisse und deren Befriedigung. Manchmal schafft er auch erst Bedürfnisse. Technik ist ein Vermittler zwischen Bedürfnissen (z.B. Kommunikation) und deren Befriedigung (z.B. durch ein Handy). Bedürfnisse sind zwar ernst zu nehmen. Allerdings stellt sich aus emanzipatorischer Perspektive die Frage nach dem „Warum?“ und „Auf wessen Kosten?“ dieser Bedürfnisse. Zwar gibt es keine „wahren“ und „falschen“ Bedürfnisse. Eine emanzipatorisch-technikkritsche Perspektive sollte diese Einteilung auch nicht vornehmen. Allerdings kritisiert sie Technik (z.B. das Handy), welche im Hier und Jetzt Herrschaftsmechanismen bedarf, um hergestellt zu werden. Sie hinterfragt, ob in einer emanzipatorischen Gesellschaft bestimmte Technologien zur Bedürfnisbefriedigung (Handynutzung für Kommunikation) noch von Nöten sind oder die Bedürfnisse nicht anders befriedigt werden können, weil weniger (z.B. durch weniger Stress oder verbindliche Absprachen) und / oder anders kommuniziert wird (z.B. direkt, weil wir näher beieinander wohnen oder mehr Muße zum Reisen haben). Sie unterstützt eine präzise Artikulation von Bedürfnissen statt diese mit der Technik an sich zu verwechseln (wo das Handy dann plötzlich selbst zum Bedürfnis wird). Um das Beispiel des Handys nochmal durch zu deklinieren: Für das simple Bedürfnis der Kommunikation mit Freund*innen wird auf einmal ein Handy nötig, da der Kapitalismus uns alle zu Flexibilität, permanenter Mobilität und räumlicher Distanz zwingt, die uns das Bedürfnis nicht anders befriedigen lässt. Zusätzlich pervertiert die Eigendynamik der Technik des Handys dieses Bedürfnis der Kommunikation insoweit, als das es die Erwartung einer permanenten Erreichbarkeit erzeugt. Die permanente Kommunikations-Möglichkeit kann dazu führen, dass Handy-Gespräche immer gehaltloser; direkte, kommunikative Begegnungen seltener und Absprachen immer unverbindlicher werden.
Noch deutlicher pervertiert und vermehrt der Kapitalismus das Bedürfnis nach, ja die Notwendigkeit der Mobilität und deren Technik. Ob durch die räumliche Isolation von ganzen (ländlichen) Regionen oder durch das auseinander reißen von Arbeitsplatz, Wohnort, sozialen Kontakten und Versorgungsstrukturen. In der Utopie würden Bedürfnisse und ihre Befriedigung radikal transformiert und die technische Pervertierung aufgehoben. Sie würde sogar verunmöglicht. Denn viel kapitalistische Technik würde modifiziert oder wegfallen und Neues erfunden. Die Befriedigung von Bedürfnissen (Handy für Kommunikation), welche mit den Bedürfnissen eine*r anderen Person in Konflikt steht (z.B. Subsistenz-Bäuer*innen in einem von Coltan-Abbau betroffenen Gebiet) kann dann nicht mehr herrschaftsförmig durchgesetzt werden, sondern bedarf eines horizontalen Aushandlungsprozesses.

These 2

Kapitalistische Technik entfremdet Nutzer*Innen, erzeugt Ausgrenzung und schafft Barrieren

Technik sollte ein Werkzeug sein, um die Menschen im konkreten und kreativen Tätigsein zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu stärken. Ob eine bestimmte Technologie dieser Ermächtigung dient, kann von Mensch zu Mensch unterschiedlich empfunden werden. Problematisch wird es allerdings, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse dazu führen, dass wir nicht mehr die Wahl haben, ob wir und welche Technologien wir nutzen wollen. Wer heute das Internet, aus welchen Gründen auch immer, nicht nutzen möchte oder es mangels Fähigkeiten nicht nutzen kann, wird schnell und automatisch sozial ausgegrenzt, da große Teile des gesellschaftlichen Lebens auf dessen Nutzung abgestimmt ist. Auch stellt sich immer die Frage, in wie weit das Wissen zur Nutzung einer bestimmten Technologie nötig ist, um gesellschaftlich Teil zu haben und die eigenen Lebensumstände zu gestalten. Emanzipatorisch wäre: Alle Menschen, die von bestimmten Entscheidungen betroffen sind, sollten an diesen beteiligt

werden. Unabhängig von ihrem technischen Know-How. Viele kapitalistische Technologien sind dafür entworfen, möglichst viel und möglichst schnell zu produzieren. Die Maschinen am Fließband der modernen Industrie geben auf dieser Basis ein bestimmtes, monotones Arbeitsmuster vor und haben ein geringes gestalterisches Potential. Dazu entgegnet eine emanzipatorische Technikkritik, dass der Mensch das Arbeitsmuster und die Arbeitsgeschwindigkeit vorgeben sollte. Die Ausprägung der Produkte und die Produktionsprozesse selbst sollten auf Basis dieser Vorgaben entstehen. Diese Kritik beantwortet allerdings nicht die Frage, ob Menschen unter nicht-kapitalistischen Bedingungen jegliche Massenproduktion abschaffen oder sie für manche Bereiche weiterhin (als notwendiges Übel) genutzt wird, in denen eine gestalterische Einzelfertigung mangels Lust nicht umgesetzt oder per se schwierig ist. Oder ob auf bestimmte Technologien auf Grund dieser Schwierigkeiten ganz verzichtet wird. Es sollte schließlich nicht vergessen werden, dass es jene Maschinen waren, die die totale Kontrolle, Verwertung und Disziplinierung der Arbeiter*innen zum Ziel hatte. Und diese eben jene Maschinen zerstörten und zum Teil immer noch zerstören, um ihren selbstbestimmten Lebensrythmus mit ausgedehntem Müßiggang zu verteidigen.

These 3

Kapitalistische Technik hat oft einen potentiell herrschaftsförmigen Charakter

Es scheint wichtig, dass die zu nutzende Technik von möglichst vielen Menschen selbst durchschaut und gestaltet werden kann. Sie sollte so einfach und verständlich konstruiert sein, dass zwar nicht jede Nutzer*in alles verstehen muss aber es in der Nutzer*innen-Gemeinschaft und ihrem Umfeld dennoch immer Menschen gibt, die sie den Bedürfnissen entsprechend anpassen und unkompliziert reparieren können. Das Wissen dazu sollte allen frei zur Verfügung stehen. All dies ist nötig, um eine Konzentration von Macht bei einigen wenigen Expert*innen zu verhindern. Dieses Prinzip könnte dafür sorgen, dass ein Teil der modernen, kapitalistischen Technologie mit ihrer extremen Spezialisierung nicht mehr umsetzbar ist. Denn oft geht diese fachliche Spezialisierung Hand in Hand mit einer örtlichen Zentralisierung von Technologien. Als Beispiel kann die Fusionsenergie heran gezogen werden. Dort werden Kraftwerke als einzige Energielieferanten für eine riesige Region geplant, betrieben mit dem Wissen einer kleinen Expert*innen-Clique. Ähnlich kritisch verhält es sich mit Risikotechnologien, wie Atomkraft, Gentechnik und Nanotechnologie. Deren Einführung stellt die kapitalistisch-moderne Gesellschaft vor vollendete Tatsachen, ohne vorher umfangreiche Untersuchung der Auswirkungen auf Mensch und Natur abzuwarten. Eine emanzipatorische Technikkritik fordert eine transparente gesellschaftliche Debatte und gemeinschaftliche Abwägung zu solchen Technologien. Sie bezieht auch ethische Aspekte der Würde und Rechte aller Lebewesen mit ein und setzt deshalb eben jene Untersuchungen in einer von Mensch und Natur isolierten Umgebung um, die das Risiko der unkontrollierten Ausbreitung auf ein Minimum reduzieren.

These 4

Kapitalistische Technik führt zu Ausbeutung von Mensch und Natur entlang des gesamten Produktionsprozesses

Jede Technologie basiert auf der Umformung von Rohstoffen. Vielerorts, wo der Kapitalismus diese aus der Erde kratzt, trifft er auf den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Forderungen sozialer Bewegungen gegen den Bergbau reichen von einer anderen Art und Weise der Rohstoffgewinnung bis zu einem konsequenten „Nein!“ zu jeglicher Ausbeutung der Ressourcen. Ähnliche Stimmen hört man an den Orten aller weiteren Verarbeitungsschritten hin zum fertigen Technikprodukt:

· An Orten der Aufbereitung von Rohstoffe (z.B. Schmelzen)

· An Fabriken für die unzähligen Fertigungsschritte bis zum Endprodukt (z.B. IT-Sweatshops)

· An Orten, an denen Technologien und ihre Produkte entsorgt werden (z.B. Schrotthalden)

· An all diesen Orten werden Menschen und Natur ausgebeutet:

· Menschen, oft Bäuer*innen und Bauern, werden enteignet: Ihnen wird ihr Land genommen um den Bergbau und den Bau von Fabriken durchzusetzen.
· Jene, die ihr Land behalten dürfen, finden es durch die Abfallprodukte des Bergbaus und der Fabriken vergiftet und verseucht; ihre Lebensqualität wird vermindert.

· Die kaputte Technik wird nach der Nutzung als Schrott in oft den gleichen Ländern abgeladen.
Die prekäre Ausschlachtung der Geräte erzeugt ähnliche gesundheitliche Probleme, denn die kapitalis-

tische Technik ist nicht auf eine technisch einfache Wiederaufbereitung / Reparierbarkeit hin konstruiert.

· All dies nimmt den Menschen ihre Produktionsmittel (z.B. Land) und treibt sie von selbstbestimmtem, konkreten Tätigsein (z.B. Subsistenz) in abstrakte Lohnarbeitsverhältnisse in z.T. eben den Fabriken, die das Problem verursacht haben.

Zusätzlich wird Natur als Ware rücksichtslos ausgebeutet. Die Erhaltung von Ökosystemen, auch als menschlicher Bezugsrahmen, spielt keinerlei Rolle.
Eine emanzipatorische Technikkritik fordert hier eine Solidarisierung mit sozialen Kämpfen. Sie verlangt das Mitdenken dieser Konsequenzen bei der eigenen Technikbewertung und bei der Formulierung von technologischen Utopien. Sie will eine Abschaffung der (staatlich) durchgesetzten Zwangsmechanismen und setzt sich dafür ein, dass Ressourcen als globale Gemeingüter betrachtet werden und deren Nutzung in einem globalen, horizontalen Aushandlungsprozess bestimmt wird.

These 5

Kapitalistische Technik mit extrem komplexen globalen Produktionsketten macht die Selbstorganisierung komplizierter

Radikale Transformation heißt, dass Menschen, die durch und durch von kapitalistischem und herrschaftsförmigem Verhalten durchzogen sind, sich darin üben, in freien Assoziationen, freie Vereinbarungen zu treffen und in diesem Rahmen zu produzieren. Die eben beschriebenen, extrem komplexen Produktionsketten, die Ressourcen aus allen Teilen der Welt und zig verschiedene Produktionsschritte benötigen, müssten entsprechend selbstorganisiert gelingen. Historische Beispiele solcher zum Teil erfolgreichen Transformationsversuche gibt es zwar. Aber nicht für die Art komplexer Produktion, die für unseren Lebensstil nötig ist: Die transformierten Produktionen waren entweder subsistenz-, landwirtschafts- oder handwerksorientiert (z.B. Kuba zur Zeit der Ölkrise, Makhnovistas nach der russischen Revolution, Zapatistas in Südmexiko etc.), (ver-)nutzten bereits vorhandene Technologien und Maschinen (z.B. Straßenbahnen während dem Spanischen Bürgerkrieg etc.) oder organisierten nur kleinste Teilschritte der Produktion, vor allem oft die „saubere“ Endfertigung (z.B. in besetzte Fabriken wie beim Strike Bike etc.). Für die Möglichkeit selbstorganisierter, komplex zu produzierender, materieller Technologie gibt es im Hier und Jetzt, wie in der Menschheitsgeschichte, so gut wie keine Anhaltspunkte. Bereits mit der Selbstorganisation in den kleinsten Gruppen stehen wir, die von dieser Gesellschaft geprägten Menschen, vor ziemlichen Schwierigkeiten. Aber sie erlauben wenigstens, im Gegensatz zu Großgruppen, direkte Kommunikation und Intervention. Paradoxerweise lässt aber gerade das vermuten, dass freie Assoziation und Vereinbarungen wenn überhaupt, dann eher in überschaubaren Gruppen machbar sind, die sich untereinander vernetzen. Ob eine solche Vernetzung die Prozesse für Technik mit komplexen, stofflichen Produktionsketten organisieren kann, bleibt offen. Konkrete Beispiele sind selten. Die Historie und der Ist-Zustand machen wenig Hoffnung. Als Fazit sollte die Organisierung emanzipatorischer Technikproduktion bei den Rohstoffen beginnen, denn sie sind das Fundament, ohne das die tollsten, emanzipatorischen Technologie wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

These 6

Kapitalistische Technik festigt die diskursive Herrschaft der ihr zu Grunde liegenden Wissenssysteme und Entwicklungsvorstellungen

Kapitalistische Technologie gibt es oft nur im Paket mit Wissenschaft als Ideologie. Sie ist im Kontext kapitalistischer Technologie nicht (nur) die ihr zu Grund liegende hilfreiche Methode, sondern dient als Weltanschauung und hegemoniales Wissenssystem. Als Weltanschauung propagiert sie eine lineare Fortschritts- und Entwicklungsvorstellung, die immer weiter nach oben zeigt: Schneller, weiter, mehr, größer, besser usw.. Genügsamere Weltanschauungen, die das Wiederkehrende oder das Andauernde, das Chaotische oder das Unvorhersehbare betonen, werden durch die hegemoniale Position von Wissenschaft verdrängt. Die Anhänger*innen anderer Weltanschauungen werden verspottet und damit ein Minderwertigkeitsgefühl geschaffen, das mit dem Erwerb und der Nutzung moderner Technologien als Symbole der Wissenschaftsideologie zu kompensieren versucht wird. Aus seiner hegemonialen Position als „bestes“ Wissenssystem diskriminiert die ideologische Wissenschaft Technologien, die einfach und an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind (z.B. wasserbetriebene Getreidemühlen im indischen Himalaya). So verursacht sie nach und nach eine Ablehnung der selbigen in der Bevölkerung. Ziel ist, sie durch „moderne“ und „wissenschaftliche“ Technologien zu ersetzen, die in ihrer Unangepasstheit aber desaströse Folgen haben können. Eine emanzipatorische Technik, in diesem Fall Fortschrittskritik, fordert, die verschiedenen Wissenschaftsfelder als Methoden neben vielen zu verstehen, mit denen ange-

passte Technologie, vor dem Hintergrund von Erfahrungswissen, verbessert oder ergänzt werden können. „Wissenschaftliche“ Fortschrittsgläubigkeit wirkt aber auch direkt gegen eine emanzipatorische Technikkritik. Sie ermöglicht es nämlich, die komplexen Schwierigkeiten, die in dieser Kritik formuliert werden, mit einem unfundierten Argument aus dem Weg zu räumen: Nämlich, dass durch einen Wegfall der kapitalistischen und / oder herrschaftsförmigen Verhältnisse und durch neue, nicht-kapitalistische, technologische Entwicklungen all diese Schwierigkeiten nicht mehr auftauchen. Diese Perspektive will wieder nur mit technischem Ingenieursdenken konkrete, unübersehbare soziale und politische Konflikte lösen. Das ist nicht nur im Kapitalismus absurd.

These 7

Kapitalistische Technik basiert auf fossilen Ressourcen, die bald nur noch begrenzt und irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie verursacht zudem Klimazerstörung.

Wann das Fördermaximum für Erdöl erreicht ist, wird heiß diskutiert. Wann genau dieses erreicht ist, ist für eine emanzipatorische Technikkritik aber ziemlich egal. Sie erkennt allerdings an, dass moderne Technologie auf fossilen Ressourcen basiert, die wahrscheinlich eher früher als später knapp werden bzw. deren Ausbeutung immer aufwändiger wird. Sie geht davon aus, dass eine kooperative Organisierung notwendig ist, um die Klimazerstörung zu stoppen und ein klimaneutrales Leben zu entwickeln. Die notwendige emanzipatorische Forderung nach einer global-gerechten Verteilung aller Ressourcen auf alle Menschen hat weitreichende Konsequenzen für eine emanzipatorische Technikentwicklung. Wenn der Ressourcen-Verbrauch auf 1/10 des jetzigen BRD-Verbrauchs gedrosselt wird oder Klimaneutralität erreicht werden soll, stellen sich die Fragen: Für welche Technologien wollen wir die verbleibenden Ressourcen nutzen? Für was reichen sie? Welche Technologien sind (auch von den Treibhausgas-Emmissionen her) verallgemeinerbar? Sicher nicht die zur maximalen Verwertung entwickelten kapitalistischen Technologien. In einer begrenzten Welt gibt es begrenzte Möglichkeiten. Für welche Möglichkeiten wir uns entscheiden sollten, damit niemand einen Mangel empfindet, wird Ergebnis einer gesellschaftlichen Debatte sein. Gleichzeitig müssen wir eine Wirtschaftsweise und Technologieentwicklung voran treiben, die wirklich erneuerbar ist. Diese würden auf einer Nutzung von Land, Boden, Sonne, Wind und Wasser basieren. Wie begrenzt unsere Möglichkeiten genau sind ist ebenfalls, trotz vielfältiger, aber sich widersprechende Prognosen, nicht vorhersehbar. Auch auf welchem technologischen Niveau sich eine erneuerbare Ökonomie bewegen wird, ist unklar. Welche Transformationsmöglichkeiten wir haben, hängt von der Verfügbarkeit der fossilen Energieträger, dem Energiebedarf der Transformation und der Höhe einer gerechten Emissionsintensität ab. Unmöglich scheint es allerdings, auf Grund der oben formulierten Ansprüche und der jetzigen Ressourcen- und Klimalage, den heutigen materiellen Lebensstil beizubehalten.

Die Devise in Sachen Technikpotential scheint zu sein: Keine großen Hoffnungen machen, auf das Schlimmste vorbereiten und alles dafür tun, dass angepasste Technologien und eine entsprechende Transformation möglichst bald ins Rollen kommen.
Denn der Kapitalismus wird weiterhin versuchen mit technischen Scheinlösungen für die kommenden Desaster Profit zu machen.

These 8

Kapitalistische Technik und deren Nutzung im Hier und Jetzt mag unvermeidbar sein. Eine kritische Reflektion der damit verbundenen Herrschaftsmechanismen ist nötig

Ich sitze vorm Rechner und formuliere diese Thesen. Ich nutze Traktoren und Diesel um nicht-warenförmiges Gemüse herzustellen. Ob das in einer herrschaftsfreieren Welt weiterhin möglich ist, weiß ich nicht. Ich bin mir der Widersprüche in meinem alltäglichen Leben bewusst und wäge ab, welche technikkritischen Schritte hin zu einer umfassenden Transformation ich in meinem alltäglichen Leben bereits gehen kann ohne mich zu sehr zu beschneiden. Ich organisiere mich in Kooperation mit anderen, um mehr und mehr dieser Widersprüche zu überwinden. Unter anderem dazu soll dieser Text anregen.

Perspektive

Endliche Ressourcen als Gemeingut

Was wäre wenn ... wir über die Nutzung von Bodenschätzen global, gemeinsam und gleichberechtigt entschieden?

Definition

Bodenschätze, also alle endlichen Ressourcen dieses Planeten, sind prädestiniert dafür, als Gemeingut zu gelten. Ob, wie und wofür diese gewonnen und genutzt werden, sollte von der gesamten Menschheit kollektiv in einem gleichberechtigten Prozess ausgehandelt werden.

Denn die regionale Verteilung dieser Stoffe ist zufällig, ungleich und ihre Vorkommen begrenzt. Es wäre daher absurd, nur denen eine Nutzung zu ermöglichen, die zufällig in dieser Region leben. Denn das Bedürfnis zur Nutzung dieser Ressourcen ist global. Diese Kombination aus breitem Interesse und Begrenztheit lässt Interessenkonflikte wahrscheinlich werden und verlangt deshalb umso mehr nach einer kooperativen und gleichberechtigten Aushandlung. Diese Begrenztheit verlangt ebenfalls, dass die Ressourcen zwar genutzt werden können aber so verarbeitet werden sollten, dass sie nicht verbraucht, sondern trotz der temporären Verwendung, langfristig (d.h. möglichst unverändert) und unkompliziert (d.h. ohne großen energetischen oder technischen Aufwand) wieder zurück gewonnen werden können.
Eine Möglichkeit zur Lösung der Mengenfrage wäre die Nutzungsrechte der zur Zeit nutzbaren endlichen Ressourcen anteilig und gleichmäßig auf alle Menschen aufzuteilen. Damit hätten dann einzelne Menschen individuell und ihre Gemeinschaften kollektiv ein Budget an Ressourcen, das sie nutzen „dürfen". Wofür und für wen sie diese Nutzen wollen oder ob sie ihre Anteile zusammenlegen oder anderen zur Verfügung stellen wollen, könnte dann auf kleinerer Ebene entschieden werden. Auch ist anzumerken, dass der Abbau endlicher Ressourcen erhebliche Verwüstungen ganzer Landstriche in der betroffenen Region verursacht und damit extreme ökologische und soziale Schäden anrichtet. Die Leidtragenden sind hier zu aller erst die dortigen Ökosysteme und die darin lebenden Menschen. Für sie geht es nicht einfach „nur" um Teilhabe an der Nutzung der Ressource sondern um die existenzielle Beeinträchtigung ihrer Lebensgrundlage und Lebensumwelt durch Abbau und Begleitprozesse.

Erarbeitung von Vorschlägen für diesen globalen Aushandlungs-Prozess

Für diesen globalen Aushandlungsprozess müssen Menschen individuell und kollektiv in ihren Gemeinschaften grundsätzliche Fragen klären: Wie und mit welcher Technik möchte ich meine Bedürfnisse und die dafür nötige Produktion organisieren? Wie viele endliche Ressourcen benötigen ich oder wir dafür? Wie erreichen wir optimale Möglichkeiten zur Wiederverwertung? Und vorausgesetzt, es gibt ein globales Interesse an der Nutzung der aus den Ressourcen produzierten Gütern: Ist deren Produktion bzw. der daraus erwachsende Nutzen verallgemeinerbar? Wenn nein: Wie bekommen wir ein ähnlich zufriedenstellendes Resultat mit geringerem Ressourcen-Bedarf? Gibt es demnach Ideen und Interesse zur Nutzung bestimmter Ressourcen, müssen weitere Fragen geklärt werden. Wer organisiert den Produktionsprozess von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt? Wie kann diese Produktion (insbesondere der Abbau) mit möglichst wenig Schaden organisiert werden? Sinnvoll wäre es bereits zu diesem Zeitpunkt zu überlegen, woher mensch die benötigten Stoffen bekommt, um im Vorhinein Vereinbarungen und Absprachen zu den Details des Abbaus mit den Bewohner*innen der betroffenen Regionen zu finden. Durch die Beant-

wortung dieser sicherlich nicht erschöpfenden Fragen können dann konkrete Vorschläge und Ideen ausgearbeitet, die dann in Kooperation mit anderen Menschen umgesetzt werden können

Ablauf des Aushandlungs-Prozesses

Hat eine Projektgruppen dann alles für ihre Unternehmung zusammen, ist es notwendig, dass das Vorhaben global transparent gemacht wird. Diese Beschreibung sollte enthalten, inwiefern das Produkt die oben genannten Kritierien (Notwendigkeit zur Bedürfnisbefriedigung, weitgehende Reduzierung des Ressourcenverbrauchs/ Verallgemeinerbarkeit, Recycelbarkeit, Langlebigkeit und Reparierbarkeit) erfüllt. Des weiteren sollte ersichtlich sein, dass die benötigten Stoffe noch im oben genannten „Ressourcen-Budget" der Beteiligten und Nutzer*innen „drin sind". Dies würde die globale Klasse der „Hochindustrialisierten" erstmals ausschließen, bis diese ihren Verbrauch drastisch reduziert haben. Dieses Vorgehen ermöglicht einen offenen Prozess, in dem andere Interessierte oder Betroffene, Verbesserungen, Vorschläge, Kritik oder andere Anmerkungen einbringen könnten. Sicher werden einige Vorschlägen Kontroversen und direkte Interventionen erzeugen. Die Ergebnisse wären aus heutiger Perspektive nicht vorhersehbar. Sicher scheint, dass durch diesen Prozess die Ressourcennutzung gründlich umgekrempelt würde. Nicht zuletzt, weil darin die Bedürfnisse der regionalen Gemeinschaften in den Abbaugebieten besonders berücksichtigt würden. Dieses von Initiative und Intervention geprägte System bliebe dynamisch genug um die menschliche Kreativität nicht unnötig zu hemmen. Die Produktion organisieren jene, die ein Interesse an den Produkten haben.
Spätestens jetzt stellt sich allerdings bei diesem Prozess, wie bei viele anderen globalen Problemen, die Frage, wie und wo dieser Aushandlungsprozess und die Bekanntgabe der Vorschläge denn von statten gehen soll. Das Internet könnte hier vielleicht die nötige Transparenz und in geringerem Umfang die nötige Kommunikation schaffen. Allerdings müsste dafür zu aller erst die globale IT-Infrastruktur und dessen endlicher Ressourcen-Verbrauch an sich verhandelt werden. Für alle konkreteren Schritte der Umsetzung bleiben wahrscheinlich weiterhin andere, direktere Kommunktionsformen (von Telefon, Radio bis physischen Treffen von Interessierten oder Betroffenen ist alles denkbar) nötig, deren Nutzung sehr wahrscheinlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, um die Fülle an Informationen auszutauschen.
Ob und wie die Beschaffenheit dieses Aushandlungsprozesses die Nutzung der Ressourcen und die daraus entwickelte Technik verändert, bleibt abzuwarten.
Es bleibt zu hoffen, dass alle Beteiligten in diesen komplexen Prozess mit ausreichend Selbstreflektion und Selbstorganisationsvermögen einsteigen.

Fazit und praktische Konsequenzen für die Selbstorganisation im Hier und Jetzt

Wenn wir darüber nachdenken, eine schenkökonomische Produktion zu organisieren, kommen wir um die Frage der endlichen Ressourcen nicht herum. Konsequent wäre es eigentlich, mit der Organisierung dieses Ursprungs jeglicher Produktion zu beginnen.
Erst in diesem Prozess könnte sich dann das technische Niveau einer selbstorganisierten Produktion abzeichnen. Zum Beispiel ob und in welcher Form die sogenannten „erneuerbaren Energien" (die ja in Produktion und Leitungsnetzen auch auf endlichen Ressourcen basieren) eine Rolle spielen. Alles andere bleibt Spekulation. Die Diskussion zeigt allerdings auch die Notwendigkeit von Technik, die komplett auf erneuerbaren Ressourcen basiert. Weitere Kriterien für eine emanzipatorische Technikentwicklung könnten die einfache Recycelbarkeit und eine möglichst lange Lebensdauer aller Produkte sein.
Entscheidet man sich für die vereinfachte Version, in der allen Menschen ein fairer Teil der globalen Ressourcen zugeteilt wird, ist absehbar, dass sich zum Beispiel der bundesdeutsche Ressourcenverbrauch auf 1/10 des jetzigen Niveaus absenken müsste.
All dies gilt es in der Öffentlichkeit, aber vor allem auch in den diversen sozialen Bewegungen bewusst zu machen. Ganz konkret gilt es auch, sich mit dem Widerstand gegen den zerstörerischen Abbau von endlichen Ressourcen, vor allem auch im globale Süden, zu solidarisieren und eigene direkte Aktionen gegen die entsprechenden Akteure zu starten.

Weitere Infos:
www.ak-anna.org
www.fau.org/hannover

Entwurf – Positionspapier zur Energieversorgung mit Strom und Wärme

★ *erstellt durch die AG „Autonomie braucht Energie" der FAU-Hannover*

Präambel

Die FAU hat nicht nur eine Utopie, wie eine zukünftige Gesellschaft jenseits des Kapitalismus auf Basis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität geschaffen werden kann. Auch für die Gegenwart haben wir Visionen mit denen drängende Probleme gelöst werden können. Entsprechend unseren Ideen und Analysen beinhalten unsere Lösungen sowohl Schritte die wir als Einzelne gehen müssen, als auch politische Forderungen, die nur durch gemeinsames Handeln mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Personen durchgesetzt werden können.

Herausforderungen

Das Thema der Energieversorgung – sowohl mit elektrischer, wie auch mit thermischer – ist ein grundlegendes Problem. Angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger (Erdöl und Erdgas) und den mit dem Verbrauch fossiler Energieträger verbundenen und nicht mehr zu leugnenden Auswirkungen in Form des Klimawandels, ist ein Umdenken notwendig.

Durch die Ideologie der Marktwirtschaft werden dezentrale Konzepte behindert, da sie die Marktmacht weniger Konzerne gefährden. Ressourcenverschwendung wird begünstigt und Gesundheitsgefahren billigend in Kauf genommen. Die Ausbeutung und die Auswirkungen dieser Art sich mit Energie zu versorgen trifft in erster Linie die Bevölkerung des Globalen Südens.

Eine emanzipatorische Energieversorgung muss daher diese Punkte mitdenken und sich der Herausforderungen bewusst sein, die eine gerechte Deckung des Bedarfs erfordern. Ein weiter so in Grün kann es daher nicht geben.

Atomkraft, Erdöl und die bisherige Art Energie zu erzeugen

Die Versorgung mit Energie in Form von Strom und Wärme basiert zu wesentlichen Teilen auf dem Verbrauch fossiler Energieträger (Erdöl, Kohle und Erdgas). Daneben spielt im Globalen Norden auch die Nutzung von Atomkraft eine Rolle. Alle diese Ressourcen sind endlich. In vielen Bereichen sind bereits jetzt die Förderhöhepunkte erreicht. Dies drückt sich in steigenden Preisen und damit verbunden der Ausbeutung bisher unrentabler Lagerstätten aus. Auffallend ist dabei, dass die Bevölkerung in den Regionen der Lagerstätten in den seltensten Fällen von ihrem Reichtum profitiert. Vor allem bei der Diskussion für die Übergangsphase bis zur Gewinnung von Energie aus regenerativen Quellen ist daher die Verteilungsgerechtigkeit bei endlichen Rohstoffen (Öl, Gas) wichtig. Insbesondere kann es nicht sein, dass hier militärische Macht den Ausschlag über die Verteilung gibt.

Die Auswirkungen, die die Nutzung dieser Ressourcen auf die natürliche Umwelt haben belasten ebenfalls weitgehend die Bevölkerungen, welche nicht von der Ausbeutung der Rohstoffe profitieren. Aber auch in den Ländern des Globalen Nordens wird die Bevölkerung mit den Abfallprodukten durch Sauren Regen, Dioxin und Atommüll belastet. Da zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen der Nutzung von Öl, Kohle und Uran an anderer Stelle bereits viel geschrieben wurde, soll an dieser Stelle das Thema nicht weiter vertieft werden. Ein wichtiger Aspekt, der noch erwähnt werden muss, ist die Zentralisierung der Energieversorgung. Sowohl innerhalb der Hände weniger Konzerne, wie auch in der Konzentration weniger gigantischer Kraftwerke.

Diese Konzentration ist für die Profitsteigerung wichtig, wie auch für die Kontrolle der Verteilung. Die Schaffung von (Offshore-)Windparks oder gigantischer Sonnenkollektoren (DerserTec) zeigt, dass auch im Bereich des Einsatzes regenerativer Energie kein Umdenken stattfindet. Gerade der demokratischen Kontrolle stehen diese Form der Energieerzeugung entgegen. Hinzu kommt die Verschwendung von Energie in Form von Leitungsverlusten oder ungenutzter Abwärme. Eine Verschwendung, die sich bei der Erzeugung von Wärmeenergie ohne weitere Nutzung für die Erzeugung elektrischer Energie fortsetzt. Die Lösung kann nur in dezentraler, kleinteiliger Energieversorgung liegen, die demokratisch von den NutzerInnen kontrolliert werden kann. Dass diese Energie-

versorgung regenerativ und hocheffizient sein muss, versteht sich von selbst.
Wie der Weg zu dieser Energieversorgung aussehen kann zunächst nur skizziert werden und bedarf weiterer Diskussion und Entwicklung.

Sparen vor Erzeugen

Die Verschwendung von Energie sowohl durch jede einzelne Person, als auch durch die Gesellschaft an sich, birgt große Einsparungspotentiale. Da Gesellschaft aus den einzelnen handelnden Personen besteht, kann sie dadurch geändert werden, dass die handelnden Personen ihr Verhalten ändern. Andererseits wird das Handeln jeder einzelnen Person von der Gesellschaft geprägt, so dass auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Politik, geändert werden müssen. Da die Energiekonzerne ihre Gewinne erhalten wollen, birgt jede Maßnahme den Energieverbrauch zu verringern den Nachteil, dass die Konzerne ihre Preise erhöhen werden. Hier muss gesamtgesellschaftlich vorgegangen werden.
Der Energiesektor muss daher schnellstmöglich von der Marktwirtschaft entkoppelt werden und in gemeinwirtschaftliche Modelle überführt werden, die einer möglichst direkten demokratischen Kontrolle unterstehen. Für jeden einzelnen Haushalt und damit für uns als VerbraucherInnen, gibt es eine Vielzahl von Tipps und Tricks mit denen einfach, aber effektiv Energie eingespart werden kann. Viele dieser Methoden sind extrem einfach (z.B. Licht und Standby-Funktionen ausschalten, wenn sie nicht benötigt werden) und bereits vielfach dokumentiert.
Einige Methoden sind aufwendiger und mit Kosten verbunden (z.B. Temperatur und Uhrzeit-geregelte Thermostate an Heizungen). Letztere müssen auch für Personen mit geringem Einkommen attraktiv gestaltet werden. Andere Sparmaßnahmen (z.B. Dämmungen, Einbau von BlockHeizKraftwerken) können nur von HausbesitzerInnen durchgeführt werden.
Hier ist ein gesellschaftlicher Anreiz zu schaffen diese Maßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Sanierungskosten in einem Maß den MieterInnen aufgebürdet werden, welches die finanziellen Einsparungen (z.B. geringere Heizkosten) übersteigt. Im kommunalen und öffentlichen Bereich sind darüber hinaus große Einsparpotentiale vorhanden. Dabei kollidieren manche Maßnahmen mit anderen Bedürfnissen (Straßenbeleuchtung und subjektives Sicherheitsempfinden). Hier sind gesellschaftliche Diskussionen notwendig, um ein vernünftiges Maß zu finden.

Strom

Der Einsatz energieeffizienter Geräte muss weiter propagiert werden. Dabei ist klar, dass der sofortige Austausch von alten Geräten nicht immer sinnvoll ist. Hier muss die Ökobilanz (z.B. in Freisetzung von CO2 bei der Erzeugung vs. Einsparung) im durchschnittlich langen Betrieb (z.B. bei den meisten Elektro-Geräten 10 Jahre) verglichen werden. Aber auch die Frage in wie weit Geräte gemeinschaftlich genutzt werden können, um so die Effizienz zu steigern, muss beachtet werden. So kann der berühmte Waschkeller mit weniger Maschinen von mehr Menschen genutzt werden, was eine höhere Effizienz durch die Verringerung der „Standzeit“ zur Folge hat. Diese gesellschaftlichen Diskussionen müssen in Gang gebracht werden.

Wärme

Ein besonders Problem stellt – insbesondere bei der Wärmedämmung – der politische Willen dar.
Die Arbeiten an bereits bestehenden Gebäuden, insbesondere Altbauten, sind sehr aufwendig und entsprechend teuer. Vor allem die Möglichkeit der HausbesitzerInnen diese Kosten auf die Mieter*innen umzulegen stellt, angesichts stagnierender Einkommen, ein Problem dar. Hier kann nur eine politische Lösung (Förderung, Verbot der Umlage) auf kurze und mittlere Sicht eine Lösung bringen. Vielfach bereits umgesetzt sind Baubestimmungen bei Neubauten. Aber auch hier können weitere Schritte unternommen werden.
Insbesondere die Vorbereitung von Bauland mit Einrichtungen für Wärmespeicher und Wärmepumpen scheint hier aussichtsreich.

Speichermethoden

Während es bei der Wärmeenergie bereits etliche dezentrale effektive Speichermethoden gibt, ist dies für Strom noch nicht in diesem Maß der Fall. Dies ist jedoch wichtig, um die Spitzen in der Erzeugung (sonnige oder windreiche Tage) abgreifen zu können. Auch hier gibt es bereits etliche Ansätze aber noch keinen Durchbruch, da elektrische Energie immer noch vergleichsweise billig ist. Gerade in hoch dezentralen Netzen ist es aber nicht unwichtig, dass auch Speichermethoden für elektrische Energie mit möglichst geringem Umwandlungsverlust vorhanden sind.

Kostenfrage

Bereits jetzt werden Kosten von den Konzernen auf die Allgemeinheit abgewälzt. Als Beispiel mögen die Kosten für die Entsorgung des Atommülls dienen, die fast ausschließlich von der Bevölkerung getragen werden. Ein anderes Beispiel wäre die Möglichkeit für Hausbesitzer*innen die Kosten für Wärmesanierun-

gen auf die Mieter abzuwälzen. Aber auch in anderen Bereichen wird das bestehende System durch Subventionen oder Steuerbefreiung gefördert.
Hier müssen politische Prozesse beeinflusst werden, welche die Förderung des Neubaus unsinniger Großprojekte (Kohlekraftwerke, DeserTec) und die Unterstützung gefährlicher Techniken (CO2-Speicher, Atomkraft) zugunsten dezentraler, regenerativer Projekte aufgibt. Es mag eine Binsenweisheit sein, aber sie kann nicht oft genug wiederholt werden: Es kommt nicht darauf an, ob wir uns eine Veränderung leisten können, sondern ob wir uns eine Veränderung leisten wollen.
Letztendlich ist dies keine finanzielle Frage, sondern eine Frage gesellschaftlicher Verhältnisse. Angesichts hunderter Milliarden für Bankenrettung und gigantischer Gewinne, ebenfalls im Milliardenbereich, wäre genug Geld vorhanden. Geld das zuvor von uns, der Bevölkerung, erarbeitet wurde!

Dezentrale Erzeugung

Gerade im für die demokratische Kontrolle und die Unabhängigkeit von zentraler Erzeugung
wichtige dezentrale Stromversorgung gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die bisher noch nicht ausgeschöpft sind. Gerade die KraftWärmeKopplung (KWK) in Form von Blockheizkraftwerken (BHKW) muss weiter voran getrieben werden. Bisher erzeugen viele Häuser ihre Wärme mittels Etagenheizungen oder durch zentrale Heizkessel. Die Kombination mit Stromerzeugung findet bisher selten statt. Dadurch wird viel potentielle Energie verschenkt. Da vielfach eine bestimmte Wärmeabnahme erst BHKW sinnvoll macht ist die genossenschaftliche Nutzung gerade für ländliche und suburbane Gegenden interessant. Durch die bereits bestehende Möglichkeit BHKW mittels Computertechnik zu vernetzen, können Verbrauchspitzen abgefangen werden. In Kombination mit entsprechenden Wärmespeichern könnte hier eine optimale Ausnutzung der eingesetzten Verbrennungsstoffe erfolgen. Das Stromnetz bietet die Möglichkeit auch kleine Mengen Strom aufzunehmen. So können mittels Miniwindanlagen bestehende Luftströme z.B. in U-Bahnschächten, Entlüftungsschächten oder auch an Autobahnen und Straßenschluchten genutzt werden. Damit genügend Brennstoff für die Wärmeenergiegewinnung regenerativ erzeugt werden kann ist die Ausweitung der Gewinnung von Biogas wichtig. Hierbei müssen vor allem Möglichkeiten weiter ausgebaut werden, die sich auf noch nicht genutzte Zersetzungsprozesse stützen und nach Möglichkeit nicht Ackerfläche für Monokulturen nutzen. Zu nennen ist hier insbesondere der Ausbau von Biogasgewinnung an Kläranlagen sowie bei der Abfallaufbearbeitung von organischen Abfällen (Kalte Rotte). Auch der Einsatz von Mikroalgen als CO2-Filter bei Kraftwerken muss vorangetrieben werden. Hierbei kann eine doppelte Nutzung möglich sein, einerseits die Bindung von CO2 und damit einhergehend die Erzeugung nutzbarer Biomasse (Dünger, Biogas) anderseits die Erzeugung interessanter Stoffe (Öle usw.) als Stoffwechselprodukte. Auch die Aufforstung – nicht nur in unmittelbarer Umgebung – kann zur Gewinnung regenerativer Verbrennungsstoffe beitragen. Insgesamt muss sehr viel mehr in Form von Kreislauf und Recycling gedacht und geforscht werden. Damit die Erzeugung und Nutzung von Energie wieder demokratischer Kontrolle unterliegt und den Bedürfnissen der VerbraucherInnen und nicht der Profitinteressen unterliegt sind drastische Schritte notwendig. Die Stromerzeugung muss rekommunalisiert werden und die großen Stromkonzerne müssen enteignet werden. Um eine bessere Kontrolle zu erreichen muss als bereits bestehende Form der Organisation, die Genossenschaft gewählt werden. Hier können KonsumentInnen (z.B. End-Nutzer*innen der Energie) und ProduzentInnen (z.B. Jene, die Energieversorgung in Form der Anlagen installieren und warten) auf gleichberechtigter Ebene (eine Person – eine Stimme, unabhängig von eventuell geleisteten Einlagen und Arbeit) miteinander in Kontakt stehen. Somit kann auch die Abhängigkeit von kommunalen Politik-Interessen in Form von Parteien oder regionalen Investoren entgegen gewirkt werden.

Netze

Die komplett autarke Gemeinde, wohl möglich das komplett autarke Gebäude wird nicht favorisiert. Wobei gerade im Sinne der Anfälligkeit und Abhängigkeit von anderen Quellen eine weitgehende Unabhängigkeit sinnvoll erscheint. Als undefinierte Zahl soll jede „Einheit“ soviel Energie erzeugen, dass der „Normalbetrieb“ auch bei Ausfall der Vernetzung aufrecht erhalten werden kann. An erster Stelle der Vernetzung steht die Möglichkeit Über- und Unterkapazitäten ausgleichen zu können. Daneben ist auch die Vernetzung unterschiedlicher Stromerzeugungsquellen zu nennen, wodurch eine Abhängigkeit von einer Quelle (Bsp. Solar) vermieden wird. Auch bestehende „Großkraftwerke“, Bsp. Wasserkraft, können so besser eingebunden werden. Auch die Möglichkeit Energie zu speichern kann so besser verwirklicht werden. Das Netz sollte dabei mehrere Anforderungen erfüllen. Durch seine Dezentralität sollte es hochgradig unanfällig gegen Störungen und gleichzeitig vielfach vernetzt sein, um Kapazitäten ausgleichen zu können. Im Sinne der Demokratisierung der Versorgung muss die Vernetzung

horizontal, wie vertikal erfolgen. Horizontal bedeutet in diesem Sinne, dass sich Einheiten zusammenfinden, die die lokale Betreuung des Netzes gewährleisten, wie auch die Verbindung zu den direkt benachbarten Vernetzungen aufrechterhalten. Vertikal meint, dass lokale Netze sich zu regionalen Netzen verbinden, die mit anderen regionalen Netzen wieder eine Einheit bilden und entsprechend diese überregionalen Netze mit anderen überregionalen Netzen Einheiten bilden usw. Auch hier ist die geeignete Organisationsform die Genossenschaft. Die lokale Vernetzung muss nicht zwangsläufig von den Personen und Organisationen geleistet werden , die für Installation, Wartung und Erneuerung der Produktionsmittel verantwortlich sind. Es kann diverse Zusammenschlüsse von SpezialistInnen geben, die überregional z.B. Windanlagen installieren oder Dämmung von Gebäuden ausführen. Während andere Zusammenschlüsse eben dieses für die Netze übernehmen. Damit soll ermöglicht werden, dass Personen nach ihren Neigungen tätig sein können und sich entsprechend spezialisieren können.

Verteilungsgerechtigkeit

Einer der wichtigsten Punkte bei einer gerechten, solidarischen und demokratischen Energieversorgung ist das Problem der Verteilungsgerechtigkeit.
Durch die postkolonialen Abhängigkeiten und durch den Zusammenbruch des Ostblocks sind Strukturen vorhanden, die gerade im Globalen Süden der Bevölkerung den Zugang zu Rohstoffen verwehren, während sie in den Globalen Norden exportiert werden.
In Bezug auf die sog. Biokraftstoffe kommen weitere Probleme hinzu – Palmöl, für das entweder Ackerboden oder Urwald, oder wertvolle Lebensmittel wie Getreide (z.B. Mais, was u.a. die Tortilla-Krise in Mexiko auslöste) genutzt werden – , die hier nicht weiter vertieft werden sollen. Aber auch so scheinbar fortschrittliche Projekte, wie DeserTec sind nicht für die Versorgung der lokalen Bevölkerung, sondern ausschließlich für den Export vorgesehen. Ein besonderes Problem ist auch das Gefälle an technologischem Fortschritt.
Es ist klar, dass der Globale Süden nicht den Lebensstil des Globalen Nordens übernehmen kann, wenn es nicht innerhalb kürzester Zeit zur Katastrophe in sozialer, wie ökologischer Hinsicht, kommen soll. Vielmehr muss der Globale Norden seinen Lebensstil drastisch reduzieren. Trotzdem kann dem Globalen Süden nicht der technische Fortschritt verwehrt werden, vor allem nicht, da hier auch Lösungen für lokale Problem zu finden sind. Zu nennen wäre hier die Möglichkeit der Nutzung solarer Energie, um damit den Verbrauch begrenzter Ressourcen zu ersetzen.

Aber auch im Globalen Norden birgt die Verteilungsgerechtigkeit Probleme, wenn auch auf anderem Niveau. Am Beispiel der Wohnungssanierung heißt das konkret, dass bei allen technischen Maßnahmen die gesamtgesellschaftlichen Folgewirkungen berücksichtigt werden müssen. Letztendlich ist die Einsparung je Quadratmeter Wohnfläche eine völlig irrelevante Größe. Entscheidend ist, wie viel durch die Maßnahme je Kopf der Bevölkerung eingespart wird. Dies ergibt sich allein schon aus dem Ansatz, zur Sinnhaftigkeit eine Maßnahme die Berechnung der ökologischen Folgen (Ökobilanz) zu nutzen. Ebenfalls in die Kategorie der Verteilungsgerechtigkeit fallen Fragen nach Verbrauchskontingenten. Überspitzt auf den Punkt gebracht: Weil ich vegan lebe (und damit weniger CO2 freisetze), kann ich dreimal täglich heiß baden und Porsche fahren. Hier gibt es mehrere unterschiedliche Ansätze und Probleme. Ob Energieverbrauch sich am persönlichen Bedarf ohne Grenzen ausrichten soll, ob es maximale Kontingente geben sollte, ob bei CO2-neutraler und verteilungsgerechter Produktion auch der Verbrauch angehoben werden kann, muss noch diskutiert werden. Besonderes die Frage des Bedarfs als Maßstab scheint schwierig, da in alljährlich warmen gemäßigten Zonen (gemäßigt mediterranes Klima) weniger Bedarf an Wärme oder Kühlung besteht als in kalten oder heißen Zonen oder Zonen mit starken jahreszeitlichen Gefällen. Ebenso stellt sich die Frage in wie weit hier auch technologische Entwicklung zu berücksichtigen ist – vgl . LOHA Ansatz. Eine mögliche Lösung könnte in regionalen (nicht international) fixen Verschmutzungswerten liegen, die jeder/jedem zustehen, und über die der/die Einzelne frei verfügen kann. Hier bleibt aber die Frage, wer dies kontrollieren und durchsetzen will, ohne dass das Gespenst der Ökodiktatur konkret wird.

Was bleibt zu tun

für die Einzelnen soweit ökonomisch möglich:

1. Änderung des Konsumverhaltens,
so dass Energie gespart wird
2. Bei Neukauf von Geräten
auf Energieeffizienz achten
3. Wechsel zu genossenschaftlichen Anbietern
in der Energieversorgung
Politische Aktion und Organisierung

Im Betrieb:

1. Durchsetzung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit (Vielfach wird ökologische
Nachhaltigkeit bereits als Standort- und Wirtschaftsfaktor propagiert, va. Energieeffiziente Abläufe – In Hannover unter dem Namen: Ökoprofit)
2. Koppelung von wirtschaftlichen Forderungen an ökologische Forderungen
3. Agitation für die Koppelung
ökologischer und sozialer Interessen

Auf der Politischen Ebene:

1. Einsatz für die Energiewende und gegen nicht nachhaltige Energieerzeugung (Atom, Kohle) sowie schwachsinnige Projekte (CO2-Speicher)
2. Einsatz für die Rekommunalisierung der Energieversorgung und Enteignung der Stromkonzerne
3. Einsatz für die dezentrale Energieerzeugung und Förderung des Genossenschaftsgedankens

Das Positionspapier ist noch nicht fertig –

***Ergänzungen, Kritik und Mitarbeit
sind willkommen!***
Wenn du oder ihr noch Vorschläge habt, zum Beispiel welche Themen noch ausführlicher behandelt werden sollten; ihr Verbesserungsvorschläge habt, was Formulierungen oder Grafiken betrifft oder ihr einfach sonst ein Interesse habt an dem Papier mitzuarbeiten, dann meldet euch bei uns:

hannoverinfo@fau.org

Wir haben es satt

Autonomie und Kooperation statt Markt und Staat
Eine landwirtschaftliche Utopie

★

Das ökologische, soziale und kulturelle Desaster der Landwirtschaft liegt im Zwang zur kapitalistischen Verwertung begründet. Einen Schritt heraus aus diesem Zwang versucht die Solidarische Landwirtschaft zu gehen (solidarische-landwirtschaft.org/), um damit den Grundstein für eine andere Landwirtschaft zu legen. In diesen Projekten tun sich Bäuer*innen und Konsument*innen zusammen, um ihr Bedürfnis nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln zu befriedigen. Ebenfalls im vor hinein und für ein Jahr soll die Deckung der Kosten für die Produktion und die Bedürfnisbefriedigung der Bäuer*innen (z.B. Löhne) zugesichert werden. Innerhalb dieser Zielsetzung können alle nach ihren (finanziellen) Fähigkeiten beitragen und nach ihren Bedürfnissen (z.B. Gemüse) nehmen. Nicht nur die Forderung nach "fairen" Preisen wird in diesem Modell obsolet. Die Produkte haben keinen Tausch- bzw. Geldwert mehr. Auch werden wieder viele Menschen in die Landwirtschaft mit einbezogen. Und das nicht in den von Bauernorganisationen viel geforderten "fairen", aber weiterhin abstrakten Lohnarbeitsverhältnissen, sondern in freiem Tätigsein. Die Höfe wären endlich freie Lernorte, soziale Bindeglieder und Träger von kulturellem Leben in unserer Gesellschaft.

Ernährungsautonomie und geschlossene Kreisläufe

Diese Landwirtschaft jenseits der Marktzwänge sähe dann ganz anders aus. Menschen könnten auf dem Land bleiben oder dort hin zurückzukehren und neue Formen des kollektiven Arbeitens erproben. Vor allem Bäuer*innen aber auch junge Menschen und Städter würden ihre Ernährungsautonomie zurück gewinnen. Ernährungsautonomie hieße die Kontrolle über Nahrungssysteme in offenen Gemeinschaften (nicht von Staaten oder Nationen) wieder zurück zu gewinnen. Und durch diese neuen Systeme eine kooperative, kollektive, unabhängige, und an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen orientierte Produktion, also eine Alternative zum Kapitalismus zu schaffen. Ein solcher Acker-, Gemüse und Obstbau würde sich im Nachahmen natürlicher Ökosysteme üben. Mit der Bodenfruchtbarkeit im Fokus würde er versuchen die Vielfalt und Biomasseproduktion maximieren und die Eingriffe in das empfindliche Bodenökosystem zu minimieren. In einen mit Pflanzenresten bedeckten Boden würde direkt die nächste Saat gelegt. Die Fruchtfolgen würden weiter, um dem Boden genug Zeit zur Regeneration zu lassen. Nährstoffkreisläufe würden dezentral und regional geschlossen. Stickstoff wird nur noch mit Hilfe von Pflanzen gedüngt, die diesen aus der Luft binden (Leguminosen). Andere Nährstoffe werden dezentral verfügbar gehalten und durch eine getrennte Sammlung der Bioabfälle und menschlichen Ausscheidungen nach hygienisierender Aufbereitung wieder in die Betriebe zurück geschickt.

Die Landschaft würde durch die Pflanzung zwischen den Äckern wieder kleinteiliger. Hecken, Wertholz-, Obst- und Nussbäume zwischen den Äckern prägen das Bild. Es gäbe mehr Raum für Wildtiere. Auf den Äckern würde wieder mehr blühen. Unter jetzigen Bedingungen "unwirtschaftliche" Feldfrüchte würden auf Verlangen der Menschen wieder kultiviert.
Sie würden gezüchtet und vermehrt von vielen ökologischen Pflanzenzüchter*innen, von denen viele selbst Bäuer*innen in der Region sind: Lein, Sonnenblumen, Hanf, Saflor, Mohn. Sehr viel mehr Gemüse und Obst. Und auch Bohnen, Erbsen, Linsen. Nicht für die Tiere, wie von bäuerlichen Organisationen oft gefordert, sondern zum menschlichen Verzehr. Überhaupt würde die Zahl an Nutztieren stark zurück gehen und diese lediglich mit dem gefüttert was für Menschen nicht verwertbar ist, wie Gras zum Beispiel. Dies scheint nicht nur aus energetischen Gründen (Menschen statt Tiere essen das Getreide) und zur Umnutzung von Flächen angezeigt. Sondern auch, weil die Frage ob der viel geforderte "Respekt vor Tieren" denn mit Schlachtungen vereinbar ist, gesellschaftlich diskutiert würde.
Schafe zum Erhaltung von Naturschutzflächen und zur Produktion hochwertiger Wolle. Nicht aber zur "Milch- und Fleischproduktion".

Die Maschinen auf den Äckern würden wieder kleiner und nicht bei nassem Wetter im Matsch wühlen. Angepasste Technik, die dem Boden im richtigen Zustand nicht schadet. Ebenfalls mit angepasster Technik würden die Produkte dieser Landwirtschaft regionaler Arbeitsteilung verarbeitet. Mühlen, Bäckereien, Mostereien, Ölpressen, Lagerhäuser, Kühlräume; all das würden gemeinschaftlich verwaltet. Hof, Land und all diese Produktionsmittel befänden sich im kollektiven Besitz der Menschen in der Region und würden auch von diesen in Stand gehalten werden.

Energieautonomie[1]

Die gesamte heutige Landwirtschaft ist abhängig von fossilen Ressourcen, dabei könnte sie einen entscheidenden Beitrag hin zu dezentraler und erneuerbarer Energieautonomie leisten. Bäuer*innen und Bewohner*innen einer Region entscheiden gemeinsam, wie genau sie diesen Beitrag ausgestaltet.
Menschen fänden vielleicht wieder einen kooperativen Umgang mit Zugtieren (z.B. Pferden), die durch moderner Technik eine Wiederentdeckung erleben. Schlepper würden mit Pflanzenöl oder Biogas fahren. Pflanzenöl, dass aus Mischkulturen stammt die die Nahrungsmittelproduktion ergänzen und nicht zu ihr in Konkurrenz stehen. Blockheizkraftwerke, die Biogas in Wärme und Strom verwandeln, die wiederum genutzt in Gewächshäusern das Angebot an Wintergemüse bereichert. Biogas, das aus Reststoffen also Bioabfällen, Fäkalien und auch Biomasse (z.B. Kleegras) gewonnen wird, die früher an Tiere verfüttert wurde. Grünland könnte ebenfalls so genutzt werden, vor allem wo ihre Biodiversität eine Erhaltung und Pflege anzeigt. Artenarmes Grünland könnte wieder aufgeforstet werden. Entweder langfristig oder im schnelle Umtrieb mit Weiden und Pappeln bepflanzt werden, die nach einigen Jahren geerntet und ebenfalls als Hackschnitzel in einem Heizkraftwerk genutzt werden. Ein weiterer Teil der landwirtschaftlichen Biomasse könnten ebenfalls mit Energiegewinn verkohlt werden. Diese spezielle Kohle, zusammen mit den anderen Reststoffen der Energieerzeugung verkompostiert ergäbe dann einen Bodenverbesserer der CO^2 aus der Atmosphäre als Kohlenstoff im Boden speichert. Damit wäre die Landwirtschaft klimaneutral, wenn nicht sogar eine Kohlenstoffsenke.
Auch durch Baumaterialien, wie Hanf- und Flachsmatten, die jetzt, als festgelegter Kohlenstoff, die Altbauten in der Region warm halten.

Luftschloss? Utopie!

Wie unrealistisch all dies auch scheint: Angesichts der sich zuspitzenden Krisen sind Utopien bitter nötig. Und wir täten gut daran, alles dafür zu tun, dass diese oder andere Visionen schleunigst Wirklichkeit werden. Denn dies und noch viel mehr ist das Potential freier menschlicher Kreativität derer wir uns immer wieder gegenseitig berauben.

Mehr Infos:
reclaimthefields.org
solidarische-landwirtschaft.org
wir-haben-es-satt.de reclaimthefields.org

[1] siehe auch das Positionspapier zur Energiegewinnung in dieser Ausgabe

Gewalt und Zwang in der modernen Gesellschaft

★ *Frank Schweizer*[1]

Film und Fernsehen suggerieren, was unter Gewalt zu verstehen ist. Körperliche Schädigung eines anderen mit Schmerz oder gar Todesfolge. Trotz mancher kritischer Stimmen gegen zu viel Gewalt in den Medien, beliefern sie uns mit täglichen Bildern des Grauens oder transformieren diese (in Filmen wie „Rambo" und Konsorten) zu einem stilisierten Kasperletheater. Wer in alter Zeit Interesse an Gewalt hatte, musste zu einer Hinrichtung gehen oder an einem Krieg teilnehmen. In der Moderne überbordet das Angebot. Diese Kino- und Fernsehprodukte pflanzen dem/der Zuschauer*in die Idee in die Köpfe, dass Gewalt ein rein körperliches Spektakel ist, wo geschlagen, verstümmelt und gestorben wird. Auf der Material-Ebene ist sie etwas, was Brücken explodieren oder Gebäude einstürzen lässt.

Auf der Kinoleinwand ist Gewalt im Grunde „Lust", für deren Genuss der Zuschauer*innen gar nicht mal so wenig Eintritt zahlt. Diese hat nichts mit der realen Gewalt in einer modernen Gesellschaft zu tun. Wenn jene die große Leinwand sowie die Ebene der Fiktion verlässt und als scheinbar „reale" Gewalt auf dem Fernsehschirm insbesondere in den Nachrichten flimmert, ist sie etwas ganz anderes, nämlich eine Ausdrucksform der „Furcht". Terrorismus, Schweinegrippe, ein die Böschung hinab gestürzter Bus oder eine Naturkatastrophe. Es scheint Grund zur Angst zu geben. Es trifft andere, aber es könnte einen selbst treffen. Erstaunlich, wie viele Meldungen nicht darin bestehen, dass etwas passiert ist, sondern dass etwas passieren könnte. Die Medien dienen dabei als Furcht-Maschine, die Furcht messen, aber auch erzeugen. Dies erfüllt noch einen ganz anderen Zweck: In der heutigen Staatsform stehen die Sucht nach allgemeiner Kontrolle und die Wahrung der sozialen Ordnung über allen anderen Werten. Kaum ein neues Gesetz erhöht die Freiheit; jede Verordnung schreddert ein Stück menschliche Ungebundenheit. Um dieses Gefängnis aus Regeln und Gesetzen vor dem/der Bürger*in politisch zu vertreten, kommt die tägliche Dosis Furcht gerade Recht, denn Verängstigte sind fügsamer. Gewalt erzeugt zudem Nähe. Was die Gesellschaft zusammenrücken lässt, ist nicht eine verbindende Weltanschauung oder die gleichen ethischen Überzeugungen zu haben, sondern gemeinsam zu zittern (die „culture of fear" wie dieses Phänomen in der Literatur genannt wird).

Wenn es um das Gewaltverständnis geht, haben wir immer noch mittelalterliche Vorstellungen, die durch die Medien ins zeitlich Unbegrenzte getragen werden. Eine etwas mehr der Realität angepasste Sichtweise tut also dringend not. Grundsätzlich gibt es vier Gewaltformen: Die erste ist die körperliche Gewalt (Waffen anwenden, schlagen, foltern), die zweite ist die verbale Gewalt (beleidigen, erniedrigen, blamieren, bedrohen), die dritte Form ist die strukturelle Gewalt (sämtliche Gehorsam fordernden Regeln, die durch eine Institution erlassen sind, z.B. dass man in der Schule still sitzen muss, dass man pünktlich sein muss) und viertens die assimilierende Gewalt (Gruppendruck, Meinungsmache durch Medien, Werbung, Modediktat). Die Gewaltformen haben üblicherweise den Zweck, den Willen eines Einzelnen zurückzudrängen mit dem Ziel der Ersetzung desselben durch den Willen der Autorität oder der autoritären Institution.

Ältere Gesellschaftsformen verfolgten überwiegend die erste oder zweite Gewaltform, vielleicht allein deswegen, weil in alter Zeit der Beamtenapparat und die Kommunikationsmöglichkeiten geringer waren. Eine moderne Staatsform bevorzugt Gewaltform drei und vier. Die Bürger erleben Gewalt als Zwang, etwas zu tun oder zu denken. Wir leben – aus dieser Sicht heraus – in einer gewalttätigen Gesellschaft. Im geringen Maße mögen strukturelle und assimilierende Gewalt vertretbar sein, aber der ungebremste Kontrollwahn gegenüber einer Gesellschaft wird schnell zu minutiöser Regelung wirklich sämtlicher Lebensverhältnisse. Das Schulleben ist voller Zwänge, das Berufsleben ebenso, ständig wird durch die Medien versucht, meinungsbildend auf den einzelnen Menschen einzuwirken, Werbebotschaften, die nur deswegen nicht wirken, weil sie in tausendfacher Ausfertigung täglich ins Auge strömen, und dann noch Regeln, Paragraphen, Vorschriften, Gesetze etc. Man kann durch keinen

*[1] * 20. September 1969 in Geislingen/Steige, ist ein Philosoph, Kritiker, Fantasy- und Sachbuchautor. Er lebt in Ostfildern bei Stuttgart.*

Wald gehen, ohne dass eine Vorschrift bestimmt, nur auf dem vorgezeichneten Weg zu bleiben. Es wird geregelt, wo man im Park zu sitzen, an welcher Stelle man an einem Aussichtspunkt zu stehen hat, welche Dokumente man mit sich führen muss oder – wenn man in einer Hausgemeinschaft lebt -, wie die Fußmatte vor der Tür auszusehen hat.

Es gibt absolute d.h. unabwendbare Zwänge (Steuerzahlen, Rentenversicherung etc.) und relative Zwänge. Ein relativer Zwang ist etwas, an dessen Beginn eine gewisse Wahlmöglichkeit besteht. Beispielsweise ist niemand gezwungen Schullehrer*in zu werden; wenn sich aber jemand dafür entscheidet, muss er/sie sämtliche Folgezwänge (Referendariat; pädagogische Beurteilung durch andere usw.) akzeptieren. Der Mensch gibt die Gestaltungsmöglichkeit seiner Umwelt und Mitwelt auf. Selbstentmachtung zur Verfolgung eines höheren Ziels. Natürlich schwebt der Einwand in der Luft, wie man anders einen Beruf lernen oder eine Tätigkeit ausüben sollte, wenn man sich nicht in ein bestimmtes System fügt. Der Einwand ist richtig. Was aber wenn das System schlecht ist? Wenn man das Leben eines Bürgers im größeren Rahmen sieht, ergibt sich, dass er/sie in der Schule durch die Lehrer*innen entmachtet ist, dass er/sie in der Zeit seiner/ihrer Ausbildung nichts zu sagen hat, dass er/sie bei der Arbeit ohnmächtig den Anweisungen des Chefs folgen muss und dann im Alter an den Rand der Gesellschaft geschoben wird. Und das stets genannte Argument hiergegen ist, dass angeblich niemand dieser Bahn folgen muss und man ja prinzipiell die Wahl hat und man könnte ja immer Fallensteller in Sibirien werden. Das unterschätzt, wie sehr die Menschen von diesen Machtsystemen umstellt sind. Geht man von hier weg, ist's da genauso.

Inwiefern handelt es sich bei absoluten und relativen Zwängen eigentlich um Gewalt? Dies bemerkt man relativ schnell, wenn man sich den Zwängen widersetzt. In der modernen Gesellschaft stehen vor der eigentlichen Gewaltanwendung zahlreiche Drohgebärden (Mahnschreiben, mit dem Schlagstock wackeln, in der Schule eine „Fünf" androhen). Diese sind ebenso eine Form der Gewalt wie der Gangstersatz „Hände hoch oder ich schieße". Wenn die Bedrohungsgesten fruchtlos und aufgebraucht sind, beginnen die monetären Strafen, die bereits eine sehr reale Form der Gewalt sind. Dem Menschen wird durch eine Geldbuße etwas genommen, was er sich erarbeitet hat. Diese Art von Strafe hat einen gewissen „Multplikationshorror", das heißt, wer sich gegen die Geldstrafe wehrt, bekommt womöglich noch eine höhere oder riskiert in endlosen Gerichtsverfahren die Anhäufung weiterer Rechnungen. Das macht die Menschen klein.

Ganz am Ende steht dann die wirkliche körperliche Gewalt, die durchaus nicht so selten ist. Das Auto wird abgeschleppt, die Wohnung zwangesgeräumt, die Polizei dreht Arme auf den Rücken oder zerstört mit dem Wasserwerfer – wie bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 geschehen – einem Demonstranten das Auge. Im Grunde reicht ein entschlossenes „Nein", um die Gewaltmaschinerie zu erleben. Wie sehr Gewalt hinter all dem steckt, wird auch daran deutlich, wie duckmäuserisch die Menschen geworden sind. Kaum einer traut sich – was man so hört – in einer Firma den Mund aufzutun, aus Angst negative Konsequenzen zu erleiden oder gar seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Frage, die sich hier stellt, ist nicht die, ob wir von gewalttätigen Mächten umzingelt sind, sondern eher die, warum man diese ständigen Gewaltformen nicht als solche wahrnimmt. Die Zeitung kauft man sich selbst, den Beruf ergreift man aus freien Stücken, jede Arbeit kann gekündigt werden. Warum die Menschen in der Regel nicht erkennen, dass sie von eigennützigen Mächten bedrängt werden, dafür lassen sich viele Gründe nennen. Natürlich spürt die Gewalt niemand, wenn alle mitmachen, indem sie sämtliche Auflagen der Gesellschaft im Hacken zusammenschlagenden Gehorsam erfüllen. Man könnte sich vermutlich im schlimmsten totalitären System irgendwie einrichten, wenn man sich an dessen dummdreiste Regeln hielte. Erst wenn sich jemand traut, gegen bestehende Systeme zu sein, wird die Gewalt sichtbar. Die Menschen spüren sie trotzdem oft am eigenen Leib und sagen dann „ach" und „herrje" und „früher war alles besser". In privaten Gesprächen zeigen die Menschen ihre Unzufriedenheit, bei Gelegenheiten eben, wo sie keine Konsequenzen fürchten. Oft bleibt es bei launischen Kommentaren. Viel Erziehung, viel Schule, viel aufgebauschte Freiheitsideologie haben den Menschen zu einem Mitmacher konditioniert. Es ist ein fast religiös zu nennender Glaube unter den heute lebenden Menschen entstanden, der darin besteht, dass all diese Gewaltformen irgendwann zu etwas Gutem führen oder zumindest einen tieferen Sinn besitzen, wie vielleicht früher auch niemand an der Existenz Gottes gezweifelt hätte, bloß weil der Blitz den Pfarrer erschlug. Alles scheint Teil eines höheren Planes zu sein, den wir bloß noch nicht verstehen. Wir müssen noch lernen, dass die Wirklichkeit auch anders sein kann und dass wir die Wirklichkeit selbst formen dürfen.

Wiesbaden
Krisenlabor Griechenland
Wann: 02.03.12, 19:30 Uhr
Wo: Kontext, Welfenstr. 1b, Wiesbaden
Der Vortrag wirft ein Blick auf soziale Proteste in Griechenland und beleuchtet allgemeine kapitalistische Krisendynamiken.
Mehr Infos: *www.cquadrat.tumblr.com*
Kontakt: *cquadrat@secure-mail.biz*

Mannheim
Antirassistisches Straßenfest
Wann: 03.03.12, 11-17:00 Uhr
Wo: Vor der Asylbewerberunterkunft Mannheim
Antirassistisches Straßenfest vor der Asylbewerberunterkunft. Leckeres Essen und gute Gespräche gegen rassistische Ausgrenzung und Isolation.
Mehr Infos: www.solifest.blogsport.de

Magdeburg
Oury Jalloh – der Prozess geht weiter
Wann: 06. & 13.03.2012, 09:30 Uhr
Wo: Landgericht Magdeburg, Saal A23
Revisionsverfahren im Fall des ermordeten Oury Jalloh. Dieser verbrannte 2005 gefesselt und bei lebendigem Leibe in Polizeigewahrsam.
Mehr Infos:
www.initiativeouryjalloh.wordpress.com/
Kontakt: *initiative-ouryjalloh@so36.net*

Berlin
Anarchistischer Stammtisch
Wann: 08.03.2012, 18:00 Uhr
Wo: Tempest Library, Reichenbergerstr. 63A, Berlin
Wir treffen uns in lockerer Runde und schnacken über das, wozu wir gerade Lust haben.
Mehr Infos: *www.afb.blogsport.de*
Kontakt: *afb@riseup.net*

St.Ingbert
Feierabend – die libertäre Solikneipe
Wann 09.03.2012, 20:00 Uhr
Wo: JUZ, Pfarrgasse 49, St.Ingbert
Die monatliche Solikneipe im März mit einer Lesung von Texten von Thomas Mayer Falk und einem Mobivortrag für M31.
Mehr Infos: *www.antinationale.org*
Kontakt: *antinationale@riseup.net*

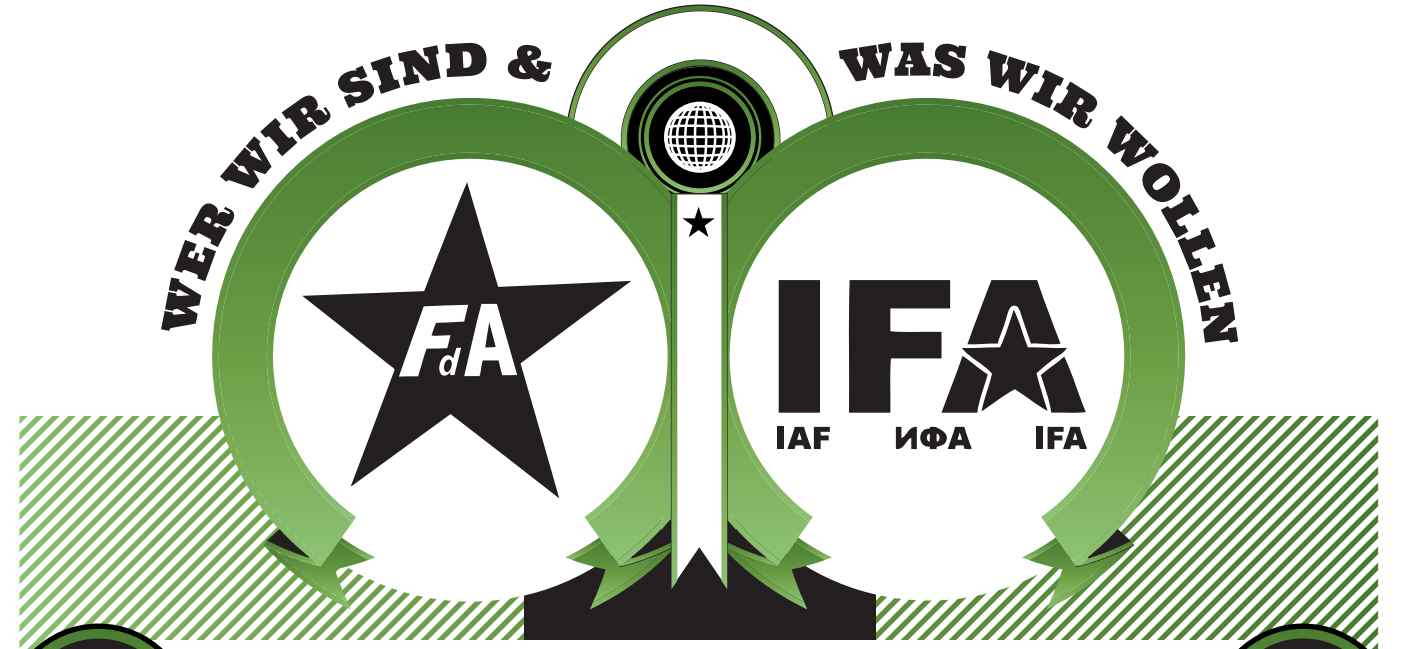
Karlsruhe
Was ist Kommunikation Guerilla?
Wann: 13.03.12, 19:00 Uhr
Wo: Viktoriastr. 12, Karlsuhe
Workshop rund um das Thema „Kommunikationsguerilla“ mit theoretischem Hintergrundwissen und vielen praktischen Beispielen.
Mehr Infos: *www.lka.tumblr.com*
Kontakt: *lka@riseup.net*

Berlin
Der Protest in der Krise
Wann: 16.03.12, 19:00 Uhr
Wo: FAU Lokal, Lottumstr. 11, Berlin
Eine Veranstaltung im Rahmen der M31 Mobilisierung. Podiumsdiskussion zur aktuellen Krise und M31 mit Vertreter_innen von TOP und FAU Berlin, der Mieter_innenbewegung und Occupy.
Mehr Infos: *www.m31berlin.blogsport.de*
Kontakt: *faub@fau.org*

Dortmund
Wir können auch anders – Widerstand gegen Cops, Staat und Repression
Wann: 17.03.12, 17:30 Uhr
Wo: Hauptbahnhof, Dortmund
Antifaschistische Demonstration, anlässlich des Internationalen Tags gegen Polizeibrutalität.
Mehr Infos: www.ajdortmund.blogsport.de

Frankfurt am Main
M31 – Kapitalismus ist die Krise!
Wann: 31.03.2012, 14:00 Uhr
Wo: Hauptbahnhof
Europäischer Aktionstag gegen Krise und Kapitalismus. Zentrale Aktion in Deutschland ist eine bundesweite Demonstration in Frankfurt am Main.
Mehr Infos: *www.march31.net/de*
Kontakt: *m31@riseup.net*

Dortmund
Rechte Gewalt unmöglich machen
Wann: 31.03.2012, 15:00 Uhr
Wo: S-Bahnhof Universität, Dortmund
Antifaschistische Demonstration anlässlich des siebten Todestages von Thomas Schulz, der 2005 von einem Nazi erstochen wurde.
Mehr Infos: *www.dab.nadir.org*



Forum deutschsprachiger Anarchist*innen [FdA-IFA]

1 Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2 Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3 Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

FdA-IFA http://www.fda-ifa.org
IFA http://www.i-f-a.org

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

antinationale.org Saarbrücken
Kontakt: antinationale@riseup.net
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.wordpress.com/karakok-autonome